

Danziger Zeitung



7920.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — In den Expeditionen werden in der Expedition (Kettnerbühl No. 4) und außerdem bei allen Kaiserl. Postämtern angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 16 S. — In Berlin: S. Klotzsch, W. Kretzschmar und K. Hoffe; in Leipzig: Eugen Hoffe und S. Engler; in Hamburg: H. Schömann & Co.; in Frankfurt a. M.: S. A. Daube u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schäfer; in Elbing: Neumann-Hausmann's Buchhandl.

1873.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 11 Uhr Vorm.
Berlin, 26. Mai. Dem Vernehmen nach wird die Frage der Anerkennung der neuen französischen Regierung hier zur Erwägung gelangen, sobald die Notification des Regierungswechsels erfolgt ist.

Angelommen 2 Uhr Nachmittags.

Paris, 27. Mai. Das „Journal officiel“ veröffentlicht 29 Ernennungen von Präfecten, wovon 20 neu ernannt, 9 andere versetzt wurden.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Haag, 26. Mai. Der Minister für die Colonien machte in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer die Mittheilung, er habe vom Generalgouverneur der ostindischen Besitzungen ein Telegramm erhalten, in welchem das Gerücht Erwähnung finde, daß Deli von den Batakas bedroht sein solle. In Folge dessen sollten Verstärkungen nach Deli an Tapanoli (an der Ostküste von Sumatra) gesandt werden.

London, 26. Mai. Einem Reuters Telegramm Compaan's aus Melbourne vom 22. d. Mitzugewandenen Telegramm zufolge, sollte der Dampfer „Baroda“ am folgenden Tage mit 7900 und 99,000 Pfd. Sterl. Gold nach Europa abgehen. — Das Kabel zwischen Penang und Madras ist wieder hergestellt.

Paris, 26. Mai. Die Regierung geht, wie verlautet, mit der Absicht um, eine Vertagung der Nationalversammlung einzutreten zu lassen. — Die erste Sitzung auf die jetzt fällige Rate der Kriegsentwöhnung besteht in 50 Millionen in Gold und 20 Millionen in Silber.

Stockholm, 26. Mai. Heute fand der Schluß des Reichstages statt. Die Thronrede spricht sich anerkennend über die Arbeiten des Reichstages namentlich über das Zustandekommen des Disentersgesetzes der dänisch-schwedischen Münzconvention und betreffend des Baues der norrländischen Eisenbahn aus. In Bezug auf die Reorganisation der Armee wird hervorgehoben, daß die stattgehabten Debatten des Reichstages zu der Annahme berechtigen, daß diese Frage unter der ersten Mitwirkung des Reichstages noch eine befriedigende Lösung finden werde.

Die Unverbesserlichen.

Unter diesem Titel gab Duvergier de Couranne in der neuesten Nummer der „Revue des deux Mondes“ eine wahrhaft ergreifende Schilderung der Gefahren, welchen Frankreich entgegengeht. Seine Warnung galt jenen Parteien, denen die Politik eine Sache des Gefühls und der Eitelkeit ist, nicht des Gewissens oder auch nur des wohl verstandenen, nüchtern überlegten Interesses. Es waren sehr ernste Worte, die er seinen Landsleuten sagte: „Wenn nicht außerordentliche Umstände unsern Patriotismus wach halten, wissen wir keine ernste, keine Verstandespolitik zu treiben, wir treiben nur Theater- und Gefühlspolitik. Es verbreiten sich Schlagwörter, die man annimmt, ohne zu wissen warum, weil sie in der Luft sind, die man athmet. Man macht zum Spaß Protestationen, Kundgebungen ohne Zukunft; man schleudert der Regierung Herausforderungen zu, spielt ihr boshafte Streiche. Wenn man gehorcht, geschieht es ohne Maß; der Gehorsam geht bis zum Enthusiasmus und zur Selbstentäußerung. Wenn man Opposition macht, so geschieht es auch ohne Maß; man macht sie bei jeder Veranlassung und um des bloßen Vergnügens willen. Mit einem Worte: Frankreich, welches doch ein durch und durch conservatives Land ist, hat sich bis jetzt unfähig gezeigt, irgend eine der Regierungen zu „conserviren“, die es sich gegeben hatte.“

Als dieser Ruf vor noch nicht zwei Wochen an die Vertreter der extremen Parteien sich wandte, war er eine bringende, ernste, aber nicht hoffnungslose Warnung. Leider ist er seitdem zur Prophezeiung geworden. Es ist geschehen, was die aufrichtigen Freunde des schönen, unglücklichen Landes (und wir nehmen keinen Anstand, uns offen zu ihnen zu bekennen) seit der verheerenden Wabregelung der großen Städte des Südens und seit der ebenlo verkehrten Antwort der Pariser Wahl mit schwerem Herzen herankommen sahen. Die Lebenskraft ist wieder einmal mit dem Verstande davon gegangen. Die Nationalversammlung hat sich mit einer Mehrheit von zwar nur 14 Stimmen, aber doch immer mit einer Mehrheit, die Genugthuung verschafft, dem Präsidenten und seiner Regierung ein Tadelvotum zu geben und sie mit brutalem Ungehäm zum Rücktritt gezwungen. Man verweigert rechts und links die Mitwirkung zur friedlichen, geselligen Begründung einer gemäßigten, erhaltenden Republik. Man verlangt eine Regierung des Kampfes, der Ausschließlichkeit, und setzt der Regierung der Vermittelung und Veröhnung muthwillig und höhnisch den Stuhl vor die Thüre.

Und doch lag und liegt in dieser Veröhnung, dieser Vermittelung handgreiflich das einzig mögliche Heil. Es ist ganz vergeblich, sich darauf zu berufen, daß die Mehrheit der Franzosen (natürlich die Bauern, Priester und Betschwefelner eingerechnet) im Grunde monarchisch denke, oder daß eine verfassungsmäßige Monarchie an und für sich der Ordnung und auch der Freiheit mehr Bürgschaften biete, als eine demokratische Republik. Als ob die Frage da läge, als ob man zwischen Republik und Monarchie zu wählen hätte und nicht zwischen Republik und — Säbelherrschaft! Die französische Gesellschaft, trotz ihrer Fehler, ist eine civilisirte, arbeitende und zwar sehr tüchtig und intelligent arbeitende Gesell-

schaft. Sie braucht Ordnung, sie wird Ordnung haben. Nur daß ihr der Säbel diese Ordnung geben muß, wenn man das Gesetz nur einmal endgültig daran verhindert hat. Der erste beste entschlossene General erntet, wo fanatische Pfaffen, halsstarrige Junker und phantastische, lebensschaffliche Demagogen gesät haben.

Und mit welchem Gefühl wir diesen Befürchtungen Ausdruck geben? Nun wahrlich, mit jedem andern eher, als mit pharisaischer Schadenfreude. Das „de to fabula narratur“ liegt nur zu nahe. Die zerstörenden Kräfte, welche Frankreich bedrohen, sind ohne Ausnahme auch bei uns an der Arbeit, und wenn unsere Abmühten und Socialdemokraten an Zahl, Einfluß und revolutionärer Schulung mit ihren französischen Gefinnungsgenossen sich Oottlob noch nicht vergleichen können, so ist dafür ihre Vaterlandsliebe noch viel ausgebildeter, weil sie in alten Ueberlieferungen unserer Geschichte und, wozu es leugnen, in den Anlagen unseres Stammes Verbündete findet. Und was bei uns bis auf diesen Tag erste Erschütterungen verhindert und Bürgschaften geselligen Fortschrittes giebt, das ist vielleicht weniger die politische Tugend und Weisheit unserer wohlbedenkenden Mittelparteien, als die ungedrochene Ueberlieferung unserer nationalen Monarchie, unseres Heeres und unseres Beamtenthums. Oder sagen wir da zu viel? Niemand wäre ja erfreuter als wir, wenn sich das recht bald augenscheinlich herausstellte. Die bevorstehende Reichstagswahl ruft uns zur Prüfung. Es wird sich zeigen, wie wir sie befehen und ob fremde Gefahr und fremdes Unglück stark genug sein wird, die Trägheit, Bequemlichkeit und Menschenfurcht unserer Gemäßigten überall zur patriotischen Pflichterfüllung zu treiben.

Danzig, den 27. Mai.

In Bezug auf die Frage, ob die Reichstagsession bis zur Erledigung sämtlicher Vorlagen fortzusetzen oder aber demnächst abzubrechen und bis zum Herbst zu vertagen sei, haben sich unter den Reichstagsmitgliedern drei Gruppen gebildet, für deren Haltung zur Vertagungsfrage die Stellung zum Reichs-Militärgezet maßgebend ist. Die Einen sind der Ansicht, daß der Reichstag das Militärgezet überhaupt nicht annehmen könne; die Anderen, zu denen die conservativste Partei gehört, sind bereit, das Militärgezet am liebsten in der Form, in welcher es vorgelegt worden ist, anzunehmen und halten deswegen eine lange Verathung und durchgreifende Aenderung nicht für notwendig; zwischen Beiden stehen diejenigen, welche zwar auch wünschen, daß das Militärgezet noch im Laufe der gegenwärtigen Reichstagsession zu Stande komme, denselben in der vorgelegten Form aber nicht zustimmen zu können glauben und deswegen eine sorgfältige Verathung zum Zwecke einer eingehenden Aenderung für notwendig halten. Diese mittlere Gruppe ist für die Vertagung der Session, weil sie der Ansicht ist, daß ein so wichtiges Gesetz nicht unter dem Druck berathen werden dürfe, welchen die täglich drohende Beschlußunfähigkeit und die dadurch gebotene Beschleunigung der Verhandlungen auf die Entschlüsse einer parlamentarischen Körperschaft auszuüben pflegt. Wie dieses nun aber oft der Fall ist, kann leicht auch diesmal die Coalition der beiden rechts und links stehenden Gruppen, noch verstärkt durch solche Mitglieder, welche aus persönlichen Rücksichten gegen eine Herbstsession sind, gegenüber denjenigen Gruppen, welche eine Vertagung des Reichstages wünscht, die Majorität erlangen. Welches Schicksal dem Militärgezet daraus erwächst, das ist freilich eine andere Frage, da die Majorität gegen die Vertagung sich aus unbedingten Freunden und unbedingten Gegnern desselben zusammensetzt; die Grundsätzlichkeit der Verathungen wird, wenn das Militärgezet durchaus noch während des Restes der Session zu Stande gebracht werden soll, jedenfalls nicht in dem Maße gesichert sein als wenn dasselbe erst in einer Herbstsession zur Erledigung gelangte.

In den nächsten Wochen wird die Bewegung der Altkatholiken wieder mehr das öffentliche Interesse in Anspruch nehmen. Am Mittwoch nach Pfingsten, den 4. Juni, wird in Köln von den Delegirten der verschiedenen altkatholischen Gemeinden zur Wahl eines altkatholischen Bischofs geschritten werden. Wie der „R. Z.“ gemeldet wird, hat die vom letzten Congreß zur Vorbereitung des Actes gewählte Commission sich mit Einmüthigkeit auf eine Person vereinigt, durch deren Wahl dem augenblicklichen Bedürfnisse und den Wünschen der Altkatholiken — namentlich der meisten Laien — Rechnung getragen wird. Die altkatholische Gemeinde in Köln zählt jetzt 4000 Seelen, 32 Kinder wurden in voriger Woche — im verfloßenen Jahre waren es nur zwei — zum Abendmahl geführt, und da für Pfarrer Tangemann allein die Pflichten der Seelsorge zu schwer wurden, so hat man Kaplan Passerat zum zweiten Geistlichen gewählt. Die Bewegung wächst besonders in West- und Süddeutschland langsam, aber stetig. Die Commission, welche die Wahl des Bischofs einleitet, hat durch ihren Vorsitzenden, den Geh. Justizrath Professor v. Schulte mit dem Reichstagskanzler und anderen preussischen Ministern über die Stellung des künftigen Bischofs zur Staatsgewalt unterhandelt. Es wird mitgetheilt, daß auch von dem Gehalte des Bischofs die Rede gewesen ist, und daß man sich von Seiten des Staatsministeriums bereit erklärt hat, diesen Gehalt dem Staatsetat auszuweisen, und daß dagegen Ritter v. Schulte bereitwilligst zugestanden, daß der gewählte altkatholische Bischof die Verfassung beschwören werde. — An neue Bewegungen auf kirchlichem Gebiete schließen sich auch immer

zweifelhafte Persönlichkeiten an, die dann, wenn sie sehen, daß sie sich dabei keine persönlichen Vortheile verschaffen können, oder wenn sie sich zurückgesetzt fühlen, wieder zum Besten der Bewegung in andere Bahnen einlenken. Zu ihnen scheint auch Herr Franz v. Florencourt zu gehören, der, wenn wir nicht irren, ursprünglich evangelisch und ein Schwager des Herrn v. Westphalen reactionären Auktens war. Dann schloß er sich mit Eifer der deutschkatholischen Bewegung an, die er verließ, um sich zum strengsten Katholicismus hinüberzuschwenken. Das Jahr 1870 fand ihn im Lager der Altkatholiken, und jetzt veröffentlicht er in der „Kreuz-Ztg.“ eine Erklärung, die wahrscheinlich seinen Rücktritt zu den Neukatholiken oder einer Umschwung nach irgend einer andern Seite vorbereiten soll, welche ihm gerade zeitgemäß erscheint. Er wendet sich gegen die Altkatholiken, weil diese die Verfassungsänderung und die neuen Kirchengesetze anerkennen und dadurch — Christus absetzen und verläugnen. Kein Katholik und kein Christ überhaupt kann nach Herrn v. Fl. jetzt den Eid auf die Verfassung ablegen. Dagegen muß selbst die „Kreuz-Ztg.“ entschieden Verwahrung einlegen, und wie sie uns erzählt, wollen selbst die Leiter der Ultramontanen von der Enthaltung eines künftigen Verfassungseides absehen. Das feudale Blatt muß es ja wissen, es wird ihr dies von „maßgebender“ katholischer Seite mitgetheilt.

Die Nachrichten aus Paris lassen es immer mehr zu Tage treten, daß der Sturz des Herrn Thiers eine von langer Hand vorbereitete Maßregel war, welche den Royalisten die Furcht eingegeben wurde, daß unter seiner Regide die Republik sich für die Dauer befestigen könne. Schon die Einschränkung der Redefreiheit des Präsidenten in der Nationalversammlung sollte einen Schlag ermöglichen, weil man für den entscheidenden Augenblick seine gewandte Zunge fürchtete. Ein weiterer Schritt war der durch Grammonts Brutalität herbeigeführte Sturz Grevy's. Was war es aber, das die dreißigjährige Hydra der französischen Monarchisten zu so starrer, einträchtiger Handlung vermochte, da sie sich doch sonst auf den Tod bekämpften? Es war die Weisung, welche von Rom, vom Vatican aus erfolgte, der zu finca Zwecken eines starken, monarchistischen Frankreichs bedarf. Die Führer der royalistischen Parteien empfingen ihre Inspirationen in letzter Zeit durch den päpstlichen Nuncios in Paris und hielten nun starrer zusammen, Rom ist gute Disciplin unter seinen Soldaten. Durch die Einflüsse der päpstlichen Nunciatur wurde es auch ermöglicht, daß die sogenannten Unabhängigen, die keiner parlamentarischen Gruppe angehören, fast alle in die Coalition gegen die Regierung hineingezogen wurden. Die Nunciatur hatte nämlich einige der Unabhängigen gewonnen und diese bestimnt, eine Versammlung ihrer Gefinnungsgenossen zusammenzubringen, in welcher dann zwei Hauptcreaturen der Jesuiten, Keller und Chesnelong, ferner Raoul Duval und andere eifrige Gegner der Regierung erschienen und es durchgesetzt wurde — die betreffende Versammlung fand vor der Sitzung der National-Versammlung statt — daß man den Beschluß faßte, nur eine solche Tagesordnung anzunehmen, welche eine Aenderung der Politik und der Personen verlange. Thiers hatte von den Schritten seiner Feinde genaue Kenntniss, er sah, wie ihn die Hydra umschlang, um ihn zu Falle zu bringen und dies lähnte seine Energie. Seine Rede am Sonnabend war recht schön, aber man fühlt in ihr doch schon das Demuthsein einer voranschreitenden Niederlage heraus, er hat noch in den letzten Jahren scharfer, schneidiger gesprochen. Er mußte auftreten und die Rege seiner Feinde entbüllen, er mußte ihre Intriguen offen aufdecken, er mußte ihnen Blige entgegenzuschleudern, statt dessen zählte er seine Verdienste auf. Diese unbefriedigten Verdienste waren es ja aber, welche ihm die Rechte nicht vergeben konnte. Rom hat seine Schaaen gut geleitet, es hat bewiesen, daß es in Frankreich das Heft in Händen hat; wenn das arme Land sich nicht seinen Umarmungen entwinden kann, so wird es bald Spanien um Nichts mehr zu beneiden haben. Der zünftige Duell, der am Felsen Petri sprudelt und seinen verderbenden Hauch durch die Länder trägt, er hat fruchtbar Länder zu Wüsten, hochbegabte Bllter zu Slaven gemacht, jetzt nagt er am innern Kern der romanischen Bllter. In Spanien bleibt ihm wenig mehr zu thun übrig, Italien wird sich ihm hoffentlich, wenn auch nach schweren Kämpfen, entziehen, möchte sich auch das schöne Frankreich dem tobbringenden Pesthauch entziehen!

Die durch die officiöse Pariser „Agence Havas“ verbreiteten Nachrichten melden, daß in ganz Frankreich vollkommene Ruhe herrsche, im „Berliner Börsen-Courier“ finden wir dagegen eine Sensationsnachricht, welche meldet, daß nach gestern Nachmittags in Berlin eingetroffenen Staatsdepeschen in Paris Unruhe ausgebrochen seien. Wir bezweifeln vorläufig noch diese vielleicht um eines Briefenmanders willen verbreitete Nachricht. Die zuletzt eingetroffenen Pariser Zeitungen, auch die republikanischen, erwähnen zur Ruhe. Selbst das „Siecle“ erkennt die Loyalität des Regierungswechsels an und rüth den Siegern zur Mäßigung und Heilighaltung der provisorischen Republik, da sie bei einem Versuch, dieselbe in eine Monarchie zu verwandeln, den Bürgerkrieg unvermeidlich machen würden. Sehr bald wird aber unter den Monarchisten der Streit beginnen, ob auf den Trümmern der Tuilerien die weiße Fahne der Bourbonen, die Tricolore der Orleans oder der Adler der Bonapartes aufgefplant werden soll. Die Chancen für den Letztern sind seit dem Streich vom 24. Mai unbedingt gestiegen. Unsere

Regierung wird sich aber sicher jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Nachbarlandes gewissenhaft enthalten, wofern dieses nur die Verpflichtungen getreu erfüllt, welche es gegen uns übernommen hat.

Deutschland.

△ Berlin, 26. Mai. Die Zoll- und Steuerfragen ruhen jetzt im Bundesrathe gänzlich. Man scheint den Weg verfolgen zu wollen, daß man dem Reichstage zunächst jene, wie bereits gemeldet, beschlossene Erklärung über die Aufhebung der Salzsteuer zugehen läßt und damit gleichzeitig die Grände entwickelt, welche im Bundesrathe gegen die anderweitige Besteuerung des Tabaks und über die Bräsensteuer Geltung gewonnen haben. Dagegen ist man der Frage wegen Aufhebung der Eisenzölle bis jetzt noch nicht näher getreten und erwartet man erst die bezügliche Kundgebung des Reichstages. Inzwischen ist bereits im Reiche von schützönlischer Seite eine ziemlich lebhaft Agitation gegen die Aufhebung der Eisenzölle ins Werk gesetzt, welche vorläufig in allerlei an den Reichstag gerichteten Petitionen ihren Ausdruck finden. Namentlich scheint man in Elsaß-Lothringen sich allerlei Befürchtungen bezüglich der Aufhebung der Eisenzölle hinzugeben. — Die Frage der baldigen Vertagung des Reichstages und der dann unabwendbar werdenden Herbstsession beschäftigt auch heute alle Fractionen des Reichstages. Die Angelegenheit ist durchaus noch unentschieden. Die Fractionen der Rechten, also die Conservativen und die deutsche Reichspartei, sind entschieden gegen die Vertagung, die Nationalliberalen, ein Theil der Fortschrittspartei und die Majorität des Centrums dafür. Die Reichsregierung, namentlich in den süddeutschen Elementen, neigt sich der Fortsetzung der Arbeiten zu, jedenfalls legt man das größte Gewicht darauf, das Militärgezet unter allen Umständen in der laufenden Legislaturperiode zum Abschluß zu bringen. Seitens der Rechten will man möglichst viel des noch abzuwickelnden Materials Commissionen überweisen, welche in den nächsten Wochen arbeiten sollen, während das Plenum keine Sitzungen hielte, dann aber die gesammelten Arbeiten wohl vorbereitet erledigen sollte; wie weit man damit den Zweck erreichen möchte, schneller zum Schluß der Session zu gelangen, ist nicht sicher. Man hat eine Commission von Delegirten zusammen und sie über die Frage schlüssig zu machen. Es ist somit noch in keiner Weise ein Beschluß voranzugehen; freilich ist die drohende Gefahr der Beschlußunfähigkeit ein Factor, mit welchem man rechnen muß, selbst wenn man aus practischen Gründen gegen die Vertagung ist. — Die Commissionenarbeiten bezüglich des Civilhegegesetzes sind auch in zweiter Lesung beendet und erheischen nur noch eine letzte Revision. Man hofft den Bericht zu Ende dieser Woche gedruckt an das Plenum zu bringen. — Die Verathung des Preßgesetzes wurde dem Reichstag am Mittwoch und zwar nach der zweiten Lesung über das Reichseisenbahnact beschäftigen. Es erhält sich die Angabe, daß der Reichskanzler Fürst Bismarck an der Debatte Theil nehmen will, möglich, daß man über den Stand der Vorarbeiten, welche der Reichscommissar in der Commission in Aussicht stellte, Näheres bei dieser Gelegenheit hört. — Ueber die Besetzung der vacanten Diplomatenposten verlauten durchweg unbehaltbare Nachrichten. Mit ziemlicher Bestimmtheit verlautet, daß an Stelle des Herrn v. Balau der Geh. Rath Graf Hatzfeld, vortragender Rath im auswärtigen Amt, nach Brüssel gehen wird. Es sei hierbei bemerkt, daß der Wiedereintritt des Reichstagsabg. v. Kufferow in die diplomatische Laufbahn bisher in keiner Weise zur Sprache gekommen ist. — Die Verhandlungen des berliner Magistrats mit der englischen Gesellschaft wegen Ankaufs der Wasserwerke sind dem Abschluß nahe. Der Kauspreis wird die Summe von 8 Millionen Thlern. erreichen. — Die Arbeiten zur Ausführung der Canalisation Berlins beginnen in allerhöchster Zeit, es sind für die zuvörderst vorzunehmenden Arbeiten bereits die Kräfte gewonnen.

— Wie man der „R. Z.“ meldet, ist die Zustimmung des Bundesraths zum bayerischen Antrage, betreffend die Geschätsbehandlung wichtiger Gelegenheitsfälle, gesichert.

— Der Verfassungsausschuß des Bundesraths hat sich am Sonnabend, den 24. d. M., zufolge, für Ablehnung der Reichstags-Bläten ausgesprochen, aber für die Gewährung freier Fahrt auf den Staats-Eisenbahnen, welches Verfahren die Privatbahnen voraussichtlich ebenfalls befolgen werden.

— Der Cultusminister hat der altkatholischen Gemeinde in Poppard die Mitbenutzung der fiscalischen Kirche zu St. Martin gestattet.

Dreslau, Am 24. Mai wurde von der Criminaldeputation des Kreisgerichts zu Groß-Strehlig der Pfarrer Stanislaus Marcjnel aus Dittmuth, wegen Vergehen wider die öffentliche Ordnung sowie wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt mit einer Geldbuße von 150 R. event. 6 Wochen Gefängniß sowie zur Tragung der Kosten — verurtheilt. Der Pfarrer Marcjnel war vor Gericht nicht erschienen und hat die bekannten Volandenschen Schriften nicht allein von der Kanzel herab empfohlen, sondern auch in der Satiristerei und vor den Kirchthüren verlaufen lassen.

Sagan, 25. Mai. Zu dem Gründer-Proceß gegen Ende, Guhr und Schewe ist nachträglich mitgetheilt, daß die hiesige k. Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Erkenntniß des hiesigen k. Kreisgerichts die Appellation bereits angemeldet hat und dieselbe so schnell zu rechtfertigen

gebenkt, daß die Verhandlung der Sache vor dem Criminalsenat des Königl. Appellationsgerichts in Glogau noch vor Beginn der Ferien stattfinden dürfte.

Schweiz.

Dien, 22. Mai. In der heutigen Besprechung behufs Gründung eines schweizerischen Volksvereins trafen Delegirte aus den Cantonen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden, Solothurn, Freiburg, Baselstadt, Baselland, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Waadt, Neuchâtel, Glarus und Appenzell ein. Zahlreiche erfreuliche Berichte über die Gründung und das Gedeihen cantonaler Volksvereine wurden erstattet und die vom Berner Comité vorgelegten Statuten genehmigt. Das Berner Comité wurde zugleich zum schweizerischen Centralcomité gewählt und ein weiterer Ausschuss aus Mitgliedern der Cantone bestellt, welche im Volksverein vertreten sind. Es wurde endlich beschlossen, daß am 15. Juni in Solothurn eine größere Volksversammlung stattfinden soll. In den angenommenen Statuten wird als Zweck des schweizerischen Volksvereins erklärt: Die Durchführung einer Bundes-Revision, welche die nationale Kraft und Würde der Schweiz heben, die Rechte und Freiheiten der Bürger vermehren, die cantonalen Schranken im Verkehrs- und Rechtsleben beseitigen und den dringenden Bedürfnissen der Gegenwart auf den verschiedenen Culturgebieten des Volkes Rechnung tragen soll.

Holland.

Haag, 25. Mai. Die in vergangener Woche gemeldete Nachricht von der bevorstehenden Demission des ganzen Ministeriums hat sich in diesem Umfang nicht bewahrheitet, der Justizminister de Bries allein hat gestern um seine Entlassung gebeten. (W. L.)

Dänemark.

Copenhagen 24. Mai. 52 Mitglieder der Linken haben ein Manifest an ihre Anhänger erlassen, worin sie für die nächste Session eine Steuererweiterung versprechen, sofern sie die Lage unverändert vorfinden.

Frankreich.

Verfailles, 24. Mai. Nationalversammlung. Nach der Rede von Thiers war die Aufregung im Sitzungssaal eine furchtbare. Die Rede von Thiers hatte den größten Theil der Reden ganz wild gemacht. Besonders war Broglie — er ist bekanntlich der aus der Art geschlagene Cuckel der Frau v. Staal — ganz außer sich und ipse Feuer und Flamme. Die Worte, mit denen Thiers seine Rede schloß, waren übrigens auch ganz geeignet, ihn in die höchste Wuth zu versetzen, da seine Großmutter nicht allein, sondern auch sein Vater zu den entschlossensten Gegnern des „Empire“ gehörten, und letzterer sich jedenfalls nicht dazu herabgemüßigt hätte, Hand in Hand mit Clement Duvernois, den Cassagnac und Genossen zu gehen. Gleich nach Schluß der Sitzung trat das rechte Centrum zusammen, um über die Lage zu berathen. Wie es heißt, beschloß man auf die Angriffe Thiers' nicht zu antworten und dieses unter ihrer Würde zu halten. Kurz vor der Sitzung promittiren viele Deputirte im Park, auch die beiden Prinzen von Orleans, Amale und Joinville. Sie scheinen guter Laune zu sein. Die zweite Sitzung (die erste mußte, nachdem der Präsident der Republik gesprochen, geschäftsordnungsmäßig geschlossen werden) wurde um 2 Uhr 30 Minuten eröffnet. Thiers war nicht anwesend. Er hatte nach Schluß der ersten Sitzung bei Buffet angefragt, ob er zurückkommen könne. Derselbe stützte sich aber auf das Dreißiger-Gesetz, um es ihm zu verweigern. Die fremden Botschafter und Gesandten sind alle anwesend. Es fehlen nur der deutsche Botschafter und der päpstliche Nuntius. Frau Thiers und Fräulein Dosne sind ebenfalls anwesend. Alle Minister sind schon vor 2 Uhr anwesend. Die Debatte begann damit, daß von allen Seiten der Ruf erklang: „Zur Abstimmung! Zur Abstimmung!“ Casimir Perier löst sich aber dadurch nicht abhalten die Tribüne zu besteigen, um, wie er sagt, Erklärungen über die Politik des Cabinets zu geben. Er kann nicht zugeben, daß wie Herzog Broglie gesagt, der Eintritt der Herren Berenger und Waddington sowie der seinige in das Cabinet ein Schritt zum Radikalismus sei. Man kenne ihn, und er wolle, daß man ihn für das nehme, was er sei. Er sei Mitglied des rechten Centrums gewesen, er gestehe dieses offen ein (Gelächter), aber er sei aus demselben ausgetreten, als sich dasselbe mit der Rechten vermenget habe. Der Herzog von Broglie habe von „Dupirten“ gesprochen, aber er frage, wo die Dupirten eigentlich seien. Das neue Ministerium müsse ein Pfand für die Republik sein. (Beifall auf der Linken: Murren rechts.) Die Regierung müsse Muth und Festigkeit zeigen. Das Provisorium habe lange genug gedauert: Frankreich begreife, daß es endlich eine endgiltige Regierung haben müsse. Wenn man die jetzige nicht haben wolle, so möge die Rechte eine andere endgiltige Regierung ernennen, denn ohne eine solche sei der Sieg des Radikalismus sicher. Nachdem Perier geendet, verlangt man wieder den Schluß der General-Debatte, der auch bewilligt wird. Ernoul beantragt darauf Tagesordnung (in der bereits mitgetheilten Form). Denormandie (linkes Centrum) verlangt die einfache Tagesordnung, denn der Sturz der Regierung des Herrn Thiers würde furchtbare Folgen haben. (Lang anhaltender Lärm. Denormandie kann nicht weiter sprechen.) Dufaure bestieg die Tribüne und erklärt, daß die Regierung, die jedoch gegen die Commentare Denormandie's Empörung erhebt, die einfache Tagesordnung annehme. (Große Erregung.) Dieselbe wird aber, wie bereits gemeldet, von 362 gegen 348 Stimmen verworfen. Dieses Schweigen im ganzen Saale. Justizminister Dufaure erhebt sich von der Ministerbank und verläßt den Saal. Broet bringt eine Tagesordnung ein. Der Ernoul'sche Antrag wird darauf, wie gemeldet, mit 360 gegen 340 Stimmen angenommen. — Während der Rede Thiers' machte sich der Born der Rechten u. A. dadurch Luft, daß dieselbe Räumung der Präsidentenloge verlangte (wo Madame Thiers anwesend war) unter dem Vorwande, der gleichfalls dort anwesende Seine-Präsident hätte applaudirt. Dem Verlangen wurde keine Folge gegeben.

Paris, 26. Mai. „Débat“, „Soir“, sowie die gesammten officiellen Blätter, auch „Siecle“, erkennen die Legalität des Regierungswechsels an und rathen den Siegern zur Mäßigung und Heilhaltung der provisorischen Republik, da sie bei einem Versuch, dieselbe in eine Monarchie umzuwandeln, den Bürgerkrieg unvermeidlich machen würden. — Thiers wird morgen bereits als Deputirter in der Assemblée anwesend sein.

Petersburg, 24. Mai. Im Nordosten des Schwarzen Meeres ist eine Kosaken-Revolution ausgebrochen, weil die Stabs- und Ober-Officiere Land, welches den Kosaken gehört, für sich genommen haben. Das ganze Kubangebiet, dessen Einwohner gegen die Gewaltthat protestiren, ist mit regulären Truppen besetzt, der Gottesdienst hat aufgehört und die Läden sind geschlossen, die Verhandlungen abgebrochen und die 20 Deputirten der Kosaken-Stanitzen (Dörfer) sitzen im Gefängniß.

Reichstag.

39. Sitzung am 24. Mai.

Die erste Verathung des Reichshaushalts-Etats für 1874 leitet Präsident Delbrück ein: Von der französischen Kriegsentwickelung entfallen nach Abzug aller gesetzlich festgestellten Verwendungszwecke auf die Staaten des nordd. Bundes 591,233,278 \mathcal{M} und auf die südd. Staaten 143,642,771 \mathcal{M} . Von dieser letzteren Summe ist den südd. Staaten bereits definit v. überwiesen 101,174,758 \mathcal{M} . Von dem genannten Antheil, der auf den nordd. Bund fällt, sind zunächst zu bestreiten: die Kriegskosten im Betrage von 598,391,942 \mathcal{M} . Davon geht ab der Betrag der Kriegauleihen nebst dem Ueberschuß der Darlehensklassen im Betrage von 204,871,820, bleiben also 393,520,110 \mathcal{M} . Dazu treten aber der am Schluß 1872 noch offenstehende Betrag der Kriegsschuld mit beinahe 13 Millionen, ferner Rückstände der Eisenbahnverwaltung in Elsaß-Lothringen mit etwa 4 Millionen, Ausgaben bei der Marine mit etwa 4 Millionen, Forderungen in Folge des Gesetzes für die Unterstützung der Familien der Landwehr und Reserve etwa 1 $\frac{1}{2}$ Million, für Revision der Kriegskostenrechnungen 34,000 \mathcal{M} , für Artillerie- und Belagerrungs-Geschütze 606,000 \mathcal{M} , zusammen mit der letztgenannten Hauptsumme 422,481,000 \mathcal{M} . Hierzu treten nun ferner die Reetablissemenskosten mit 106,846,000 \mathcal{M} , wovon ca. 20 Mill. bis zum Schluß des vorigen Jahres verrechnet sind. Ferner für eine Anzahl von Magazin- und Garnison-einrichtungen und Kasernenbauten allein für den nordd. Bund 13 $\frac{1}{2}$ Mill. Ueber diese beiden letzten Forderungen wird dem Hause noch in dieser Woche eine Specialvorlage zugehen. Von den reservirten 1 $\frac{1}{2}$ Milliarden Fr. (400 Mill. \mathcal{M}) sind durch Gesetz bereits angewiesen 187 Mill. \mathcal{M} für den Invalidenfonds und 72 Mill. für die Umgestaltung der deutschen Festungen. Vom Reichstag begehrt sich ferner 690,000 \mathcal{M} für Erweiterung des Kriegsministeriums und für Kadettenanstalten, sodann 37,519,337 \mathcal{M} für den Eisenbahnbau in Elsaß-Lothringen, ferner 18,019,390 \mathcal{M} für das Extraordinarium der Marineverwaltung für 1873/74, zusammen 370,158,977 \mathcal{M} . Hierzu werden noch verlangt 261,000 \mathcal{M} für Herstellung von Kriegskarten, 600,000 \mathcal{M} für Entschädigung deutscher und fremder, h. h. außerfranzösischer Eisenbahnverwaltungen, für Truppentransporte in Frankreich nach Abschluß des Friedens 1,833,000 \mathcal{M} , ferner für Marineanlagen 10,692,500 \mathcal{M} , ferner die Mehrkosten für die Besetzung in Elsaß-Lothringen für 1873 mit 1 $\frac{1}{2}$ Mill. \mathcal{M} , endlich verschiedene kleinere Militärausgaben mit 300,000 \mathcal{M} . Dies sind die Positionen, die ich zur Zeit mit Bestimmtheit als solche bezeichnen kann, die auf den reservirten Antheil der 1 $\frac{1}{2}$ Milliarden kommen. Was nun den Etat für 1874 betrifft, so sind davon eigentl. durchlaufende Posten auszuscheiden für den Invalidenfonds 12,416,000 \mathcal{M} , für die Elsaß-Lothringischen Festungen 9,663,000 \mathcal{M} , kleinere durchlaufende Posten im Betrage von 374,000 \mathcal{M} , zusammen 23 Mill. Thlr. Darnach würde 1874 als wirkliche Ausgabe 116,844,000 Thlr., das ist gegen 1873 eine Mehrausgabe von 13 Mill. Thlr. Von diesen kommen auf die außerordentlichen Ausgaben 7,146,000 Thlr. für das Dienstgebäude des Reichslangsamtes, für die Marineverwaltung und Eisenbahnverwaltung in Elsaß-Lothringen sowie die Convention für die Gotthard-Bahn. Ferner kommen im Ordinarium auf die Mehrausgaben bei der Verwaltung des Reichsheeres 2,267,215 Thlr. für die Verbesserung der Lage der Unteroffiziere, bei der Marineverwaltung 879,820 Thlr., endlich an Wohnungsgeldzuschüssen für die Offiziere und Beamten 5,715,000 Thlr., das ergibt zusammen einen Mehrbetrag von 9,362,000 Thlrn. Was die Einnahmen betrifft, so haben wir bei den Zöllen und Verbrauchssteuern eine Mehreinnahme gegen 1873 von mehr als 4 Mill. Thlrn., bei der Postverwaltung eine solche von 1,584,000 Thlrn. (hört!), bei der Telegraphenverwaltung von 286,000 Thlrn., zusammen von 6,204,000 Thlrn. Dagegen steht eine Mindereinnahme bei der Eisenbahnverwaltung von 124,000 Thlrn., so daß im Ganzen eine Mehreinnahme von 5,187,931 Thlrn. besteht. — Abg. Richter: Hätten wir die endlich gegebene Uebersicht über den Stand der französischen Zahlungen wenigstens 24 Stunden früher und schriftlich erhalten, dann könnte man dieser langen Bismarck'sche Kritik folgen lassen. Auch haben wir keine Angabe erhalten, was denn eigentlich von den Milliarden zur Vertheilung übrig bleibt; für die norddeutschen Staaten werden wohl kaum 150 Millionen Thlr. und für unmittelbar productive Zwecke des Reiches oder der Einzelstaaten kaum $\frac{1}{2}$ oder $\frac{2}{3}$ Milliarde übrig bleiben, eine Summe, die weit hinter unseren berechtigten Erwartungen zurücksteht, da sie kein auch nur annähernder Ersatz für die in den Liquidationen der Staatskassen nicht zur Erscheinung zu bringende Einbuße des allgemeinen Wohlstandes ist. Die Kriegskosten des norddeutschen Bundes betragen 396 Mill. Thlr., eine gesetzliche Ermächtigung ist aber nur für die Veranschlagung von 340 Mill. Thlr. ertheilt durch die drei Creditgesetze von 120, noch einmal 120 und 100 Mill. Thlr., für den Rest der Kriegskosten fehlt bis jetzt die gesetzliche Ermächtigung, ohne welche aus der Kriegskontribution keine Zahlung geleistet werden darf. Sie fehlt auch für die 106 Mill. Reetablissemenskosten des norddeutschen Bundes. Das Gewehr- und Geschütssystem wird umgestaltet, die Fabriken werden dazu erweitert, ohne daß man eine Abnung davon hat, aus welchen Fonds diese Kosten bestritten werden. Sie einfach als Reetablissemenskosten betrachten, ist doch wohl unmöglich, ebenso gut hätte man auch die Umgestaltung des Festungswesens, für die eine gesetzliche Ermächtigung nachgefragt worden ist, in diese Kategorie setzen können. Heute am 26. Mai treten wir in die Etatsverathung ein, nachdem der Reichstag mehr als zwei Monate bereits in Berlin verammelt ist! Wir müßten in das Gesetz über die Einnahmen und Ausgaben der Verwaltung als § 1 hineinschieben, daß der Reichshaushalt vollständig bis zum 1. April des Jahres spätestens vorzulegen ist. Selbst in Med-

lenburg sind die Stände so constitutionell, daß sie sich beschweren, wenn durch eine über Gebühr hinausgezogene Session und den Druck der Ermüdung die Freiheit der Berathung indirect beeinträchtigt wird. Ich vermisse ferner ein einheitliches Bild unserer Finanzlage und eine Trennung der ordentlichen von den außerordentlichen Einnahmen, wie sie bei den Ausgaben beliebt ist. Ein Vergleich der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben ergibt ein Deficit von 6 Millionen Thlr., das aus dem Ueberschuß von 1872 gedeckt werden muß. Die ordentlichen Ausgaben steigern sich nämlich gegen das Vorjahr um 9 $\frac{1}{2}$ Mill., die ordentlichen Einnahmen nur um 3 Mill. \mathcal{M} , ohne Steuererlaß und bei der geringen Ermächtigung der Matricularbeiträge um nur 1 $\frac{1}{2}$ Mill. Von jenen Mehrausgaben kommen 5 $\frac{1}{2}$ Mill. auf Wohnungsgeld-Zuschüsse, 2 $\frac{1}{2}$ Mill. auf das Unteroffiziergesetz, ungefähr 900,000 \mathcal{M} auf das Ordinarium der Marine und eben so viel auf die Civilverwaltung, in der letzteren Biffer stecken noch 350,000 \mathcal{M} für Militärfunktionen der Invaliden in Elsaß-Lothringen und der Dispositionsfonds des Kaisers für Gnadenbewilligungen, die vorzugsweise älteren Militärs zu Gute kommen, beides Posten, die eigentlich dem Pauschquantum zur Last fallen müßten. Von den Mehrausgaben i. J. 1874 entfallen 7 Mill. auf Militär- und Marine und höchstens 2 $\frac{1}{2}$ Mill. auf die Civilverwaltung, obwohl es sehr zweifelhaft ist, ob der nächste Etat eben solche Ueberschüsse in Einnahme wird stellen können. Wie sehr auch die Einnahmen von Zöllen und Verbrauchssteuern wachsen mögen, so sind doch jetzt schon nachträgliche Ausgaben für 1873 im Betrage von 10 Mill. angemeldet, für die eine Deduktion noch erst gesucht werden muß. Will man die Matricularbeiträge nicht erhöhen, so consumirt man die Ueberschüsse des Jahres 1873 aus Zöllen und Steuern zu Ungunsten des Jahres 1875. Die Anschläge der Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern waren i. J. 1872, das uns hier einen so großen Ueberschuß gebracht hat, ganz besonders niedrig bemessen, weil denselben die Rechnung der durch Nothstand und Krieg sehr ungünstigen Jahre 1868 bis 1870 zu Grunde gelegt waren. Künftig bilden die günstigeren Jahre 1870—1872 den Maßstab für den Voranschlag und da erscheint es doch sehr zweifelhaft, ob die wirklichen Einnahmen den Anschlag so erheblich, wie bisher, übersteigen werden. Wäre dies aber auch der Fall, so kommen andererseits doch auch die außerordentlichen Ausgaben in Betracht, so daß zur Deduktion der ordentlichen Ausgaben die Ueberschüsse nicht mehr herangezogen werden können. Der Flottengründungsplan eröffnet uns eine sehr weite Perspective für die Steigerung der außerordentlichen Ausgaben in der Zukunft. Für diese Jahr hat es bei 3 $\frac{1}{2}$ Mill. sein Bewenden, die aus den laufenden Einnahmen zu decken sind; alles Uebrige soll aus der Kriegskontribution gedeckt werden. Dies ändert sich aber sofort mit Ablauf des Jahres, da für 1875 keine Mittel aus der Kriegsentwickelung reservirt werden; nach dem Flottengründungsplan erscheinen also für die Jahre 1875 bis 1877 mehr als 30 Millionen als „außerordentliche Ausgaben“ im Etat, die, wenn nicht Ueberschüsse vorhanden sind, durch Anleihen gedeckt werden müssen. Ich glaube, daß durch das feste Drängen parlamentarischer Körperschaften auf Mehrausgaben für die Marine dieser im Ganzen mehr geschadet als genützt wird. Es kommt nicht bloß darauf an, Gelder verfügbar zu machen, sondern die Marine bedarf zu ihrer Entwicklung auch der Zeit, geeignete Kräfte zu gewinnen, um diese Gelder zweckmäßig zu verwenden. (Sehr richtig!) Wie wenig solche Kräfte noch bis vor Kurzem vorhanden waren, wie wenig Uebersicht und Plan geherrscht hat, beweist jene famose Rede des Admirals Jachmann, die derselbe am 16. Mai 1870 im Reichstage hielt. Er erklärte damals auf die Interpellation des Abg. v. Benda: „Ich glaube mit der größten Bestimmtheit die Erläuterung abgeben zu können, daß die Voranschlagssumme bis zum Jahre 1877 nicht überschritten werden wird und daß das Marineministerium im Stande sein wird, die Vorlage, die es im Jahre 1867 die Ehre hatte, dem hohen Hause zu machen, mit diesen Mitteln auszuführen.“ — Wo ist jetzt der Admiral Jachmann und wo der Voranschlag von 1867? — Jener geht als Admiral in partibus infidelium spazieren und der Voranschlag von 1867 ist Maculatur — und doch sind erst drei Jahre seit jener Erklärung verfloßen. Als Herr v. Stofch die Verwaltung antrat, wies er in einer Denkschrift nach, daß nicht die vorgesehenen 37 Millionen, sondern etwa das Doppelte nöthig sei. Jetzt theilt man uns mit, daß auch dies nicht ausreicht, sondern daß — wenn man die Befestigungsarbeiten für Wilhelmshaven und Friedrichsruh hinzurechnet, die dreifache Summe erforderlich ist, die man 1867 annahm. Die Marine wird uns demnach 111 Millionen kosten, und wenn wir die 29 Millionen dazurechnen, welche seiner Zeit Preußen im Extraordinarium für die Marine bis 1868 ausgegeben hat, so werden wir eine Marine haben für 140 Millionen Thaler. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die Anlage der Marine viel größere Summen erfordern wird, als man bisher angenommen. Nach dem Flotten-Gründungsplan von 1867 sollten die laufenden Kosten ca. 6 Millionen Thlr. betragen, nach dem neuesten Plan belaufen sie sich bereits auf 8 $\frac{1}{2}$ Millionen und 1882 werden sie 10 $\frac{1}{2}$ Millionen erreichen. Um so größer ist unsere Verpflichtung, darauf zu sehen, daß nun nicht auch noch die Ausgaben für das Landheer in's Ungemessene hinein fortwährend zunehmen. Die Militärverwaltung hebt zwar hervor, daß es möglich sei, die Artillerieorganisation in den Grenzen des Pauschquantums auszuführen. Es ist aber bisher noch nicht die Frage beantwortet, woher die einmaligen Kosten für diese Organisation, die Kosten für die Bewaffung, Geschütze und Pferde gedeckt sind. Die Militärverwaltung giebt selbst zu, daß die Kosten der Reorganisation nach 1874 in den Grenzen des Militäretats von 90 Mill. Thlr. nicht mehr zu decken sind. Wir sind also durch die Bornahme dieser Reorganisation gewissermaßen schon präjudicirt für die Zukunft, um so mehr hätte man das formelle Recht des Reichstages nach jeder Richtung hin wahren sollen. Der Militäretat muß uns doch zur Kenntnisknahme, zur Erinnerung vorgelegt werden. Ein Etat, der diese Reorganisation enthält, hat uns bisher noch nicht vorgelegen. Wir haben damals gefragt, was man in dieser Beziehung beabsichtige. Man hat uns geantwortet, die Verhandlungen seien nicht abgeschlossen. Wenige Wochen nach dem Reichstage auseinander war, wurden die Ordres vollzogen, die Reorganisation trat ins Leben. Nun ist es ja richtig, daß diese

neuen Geschützbatterien noch keine definitive Nummer haben; daß die angestellten Offiziere noch kein klares Recht für die Stellen haben, dafür hat sich aber um so vollständiger die Militärverwaltung in den Besitz gesetzt, und was es heißt, eine Militärverwaltung, die einmal vollständig im Besitz ist, aus dem Besitz zu verdrängen, selbst wenn der Besitz unrechtmäßig ist, haben wir in Preußen seiner Zeit erfahren. (Heiterkeit.) Wir bezweifeln nicht, daß materiell die Reorganisation sehr angezeigt schien. Die Erfahrungen des Krieges wiesen darauf hin, eine größere Wirkung der Artillerie zu erzielen, und uns kann es nur angenehm sein, wenn durch eine größere Verwendung von Eisen künftig an Blut gespart wird. Das Pauschquantum bleibt scheinbar unverändert und es laufen schon jetzt 9 Credite nebenher. Zögle ich nun alle die verlangten Credite zusammen, so komme ich zu dem Schlusse, daß wir für 1874 für militärische Zwecke nicht 90 Millionen, sondern 142 Millionen gebrauchen werden. (Hört! hört! links.) Und dabei ist noch gar nicht einmal mitgerechnet der Rest der Kriegskosten und die ungeheure Summe der Reetablissemenskosten. Unter den Creditforderungen werden nun auch wieder die 2 $\frac{1}{2}$ Millionen für das Kadettenschloß in Lichterfelde verlangt. (Heiterkeit.) Ich hatte mir in der Zwischenzeit mit der Hoffnung geschmeichelt, man werde von der weiteren Ausdehnung der Kadetten-erziehung Abstand nehmen. Hr. v. Koon ist ja zugleich preussischer Ministerpräsident und ist als solcher energisch für die Kirchengesetze eingetreten. Unter diesen ist auch eins, das gegen die Seminaristen Anstalten geeignet ist, die Gemüther befangen zu machen und Gefahr für die bürgerliche Ordnung herbeizuführen. (Hört!) Ich dachte, was den Seminaristen recht ist, das wäre den Kadetten einermäßig billig. (Sehr gut links.) Es kommt uns nun ferner die Nachricht zu, daß in Mainz große Etablissements gebaut werden, die Hunderttausende von Talern kosten, zur Verproviantirung des Heeres und der Marine. (Hört! hört!) Ich muß gestehen, ich habe keine Meinung davon, aus welchen Fonds die Kosten dieser Einrichtungen bestritten werden. Man sagt uns, es werden jene Summen mitgerechnet auf die Kosten des Occupationsheres in Frankreich. Es kommt aber in Betracht, daß jene Occupation nur eine vorübergehende ist, daß dagegen hier dauernde Einrichtungen getroffen werden, und daß überdies das ganze Occupationshere seine Naturalversorgung von Frankreich geliefert erhält. Es kann also hierbei nicht zurückgegriffen werden auf die Occupationskosten. Daher wäre es mir sehr erwünscht, zu vernehmen, was es damit für eine Bewandniß habe. Die Nothwendigkeit einer Erhöhung der Unteroffiziersgehälter hat unsere Partei immer betont; schon in der Conflictperiode 1863 geschah das von der Militärcommission des Abgeordnetenhauses in einer Resolution. Die Militärverwaltung suchte damals die Verbesserung der Lage der Unteroffiziere außerhalb des Etats zu bewirken, namentlich durch Vermehrung der Aussicht auf Civilversorgung. Von unserer Seite wurde damals hervorgerufen, wie mißlich überhaupt eine Institution sei, bei der man, um ein mittelmäßig bezahlter Schreiber zu werden, erst ein schlecht bezahlter Soldat werden müsse. Ertliche Arbeit, ehrlischer Lohn, aber keine Hoffnung auf blaue Vorpiegelungen, dieser Grundsatz müsse auch hier zur Geltung kommen. Gleichwohl hat die Militärverwaltung, als das Pauschquantum bewilligt war, sich nicht veranlaßt gesehen, den Sold der Unteroffiziere weiter aufzubessern als um die bekannten 6 Pfennige. Es kam nun das Jahr 1871. Wir standen wieder vor der Bewilligung des Pauschquantums. Damals verlangte ich in der Militärgruppe der freien Commission einen Nachweis über die zur Zeit nicht besetzten Unteroffiziersstellen. Ich habe mir diesen Nachweis sorgfältig aufbewahrt. Er war uns damals übergeben mit der Verpflichtung, ihn geheim zu halten. Damals war die Zahl der fehlenden Unteroffiziere noch größer, wie gegenwärtig, und man hatte das Bedenken, daß, wenn diese Biffer damals bekannt wurde, man Zweifel an der Beibrächtigkeit unserer Arme daraus entnehmen würde. Unsere Anträge damals hatten den Zweck, innerhalb der 90 Millionen die Mittel zu finden zur Befriedigung des vorliegenden Bedürfnisses. Indessen die Wehrkraft wollte es ja anders. Das Pauschquantum wurde unverkürzt bewilligt. Nun müssen wir annehmen, daß man innerhalb dieses Pauschquantums auch die Mittel finden würde, um diese Existenzfrage der Arme zu lösen. Das ist aber nicht geschehen. Man hat nicht einmal die Ersparnisse aus den vacanten Unteroffiziersstellen auf die Verbesserung der Lage der Unteroffiziere verwendet, sondern hat sich die Ersparnisse anderweitig gut schmücken lassen. Hätte man denselben Eifer, den man angewendet hat, überall für die commandirenden Generale Dienstwohnungen herzustellen, auf die Verbesserung der Unteroffiziersgehälter verwendet, so ständen wir heute nicht vor dieser ungelösten Existenzfrage, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Indessen, wir wollen nicht auf unseren Schein sehen, die Existenz der Arme steht uns höher. Wir sind also gewillt, von unserem Pauschquantum zurückzutreten, falls auch die Militärverwaltung den Schein zurückgiebt, falls von dem Tage an, wo die Erhöhung der Unteroffiziersgehälter in das Leben tritt, der gesammte Etat wieder unserer Pflanzung und Befestigung unterbreitet wird. Wohin würden wir kommen, wenn wir das Pauschquantum bestehen ließen und daneben noch extra bewilligten? Dann stellt das Pauschquantum nur eine Minimalsumme für die Bewilligung des Reichsetats dar und gewinnt den Charakter eines Reservefonds, auf den die Militärverwaltung nur solche Ausgaben anweist, für welche die Mittel von uns nachzusuchen ihr nicht bequem ist. (Sehr richtig.) Wir sind aber auch sachlich gar nicht in der Lage, die Vorlage anders zu prüfen, als wenn wir den ganzen übrigen Militäretat nicht mit in Betracht ziehen; wie sollen wir Zusätze zu einzelnen Titeln jenes Etats bewilligen, ohne diese Titel selbst im Ganzen zu bewilligen? Was ich bebaure, ist, daß die Vorlage nur die äußere Lage der Unteroffiziere zu verbessern beabsichtigt ist, ohne zugleich die Mittel zu fordern, um den Stand auch geistig zu heben, und strebsamen Personen die Möglichkeit zu geben, durch weitere Ausbildung sich fähig zu machen, Offizier zu werden. Gerade darin, daß der Soldat außer der Civilversorgung gar keine Aussicht für seine Zukunft hat, liegt der Grund, daß es so schwer fällt, die nöthige Anzahl Unteroffiziere zu bekommen. Was das

Gesetz über die Wohnungsgeldzuschüsse für die Offiziere, so charakteristisch für die Persönlichkeit der Sache für Offiziere und Beamte die ganze Präponderanz der Militärverwaltung im Reich. So bleibt der Director der obersten Reichsbehörde bezüglich des Wohnungsgeldzuschusses noch hinter dem Regimentscommandeur, ein Mitglied der Oberrechnungskammer hinter dem Hauptmann I. Kl. zurück. Rechnet man den alten Servis, der im Jahre 1858 erst um 50 Pct. erhöht wurde, zu dem neuen Wohnungsgeldzuschuss, so kommt man sogar zu einer Stala, bei der der Director der obersten Reichsbehörde hinter dem Hauptmann I. Kl., der Präsident des obersten Reichsgerichts hinter dem Hauptmann II. Kl. und ein Appellationsgerichtsrath noch hinter dem Lieutenant zurückbleibt. In den Motiven wird diese Ungleichheit nur durch die höheren Dienstaufwandskosten gerechtfertigt; aber wenn der Stallservis, das Putzzeug und Küchengerät für Pferde und der Hofbesatz theurer geworden ist, warum erhöht man denn nicht die entsprechenden Stala, sondern den Wohnungsservis? Wenn man erklärt, die Wohnungsgeldzuschüsse haben den Zweck, für den erhöhten Dienstaufwand zu entschädigen, wie kommt man dann dazu, diesen Dienstaufwandzuschuss bei Pension mit in Rechnung zu ziehen? Das widerspricht allen Verwaltungsgrundsätzen, und die Belastung des Pensionisten aus diesem Gesetze wird um so bedeutender werden, als der Wohnungsgeldzuschuss in den oberen Stellen im Vergleich mit den unteren unverhältnismäßig hoch ist. M. H., wir stehen ja den Offizieren ebenso nahe, wie den Beamten, beide sind Diener des Reichs, und die jetzige Zeit ist am wenigsten dazu angethan, ein Vorurtheil gegen den einen oder eine Vorliebe für den anderen Stand zu haben; aber man muß uns in die Lage setzen, sachgemäß das Einzelne zu prüfen, dadurch, daß man den ganzen Militärstand zu unserer Cognition bringt. Demüthigen wir jetzt statt 90 Mill. durch den Zuschlag dieser Gesetze 96 Mill., so wird sich die Militärverwaltung im nächsten Jahre damit wahrhaftig nicht für abgefunden erklären: das sind nur die ersten Staffeln, die zu einem Normalbudget von einer so schwindelnden Höhe hinaufführen, daß weder die Ueberschüsse noch die Milliarden dazu ausreichen. Der Sold der Gemeinen, die Einquartierungs-Entschädigung für die Gemeinden und andere Bedürfnisse werden in Zukunft consequenter Weise erhebliche Mehrbeträge erfordern. Wohin die Militärverwaltung strebt, das zeigt uns ja das vorgelegte Militär-Gesetz. Sie entnehmen aus demselben, daß 2000 neue Offiziersstellen auf den Etat gebracht werden und daß die Friedenspräsenzstärke der Armee auf 401,001 Mann festgestellt ist, eine Höhe, die allerdings der gegenwärtigen gesetzlichen Stärke entspricht, die aber unter der Bedingung festgestellt worden ist, daß man mit 225 R. pro Kopf auskommt. Diese Biffer von 225 R. war knapp bemessen und die Knappheit der einen Biffer corrigirte die andere Biffer: man konnte, um mit dem Pauschquantum auszukommen, 401,000 Mann aus demselben nicht unterhalten, und die sind auch meines Wissens nicht unterhalten worden. Wenn aber nun auf der einen Seite die Begrenzung fortfällt und nun bloß die Biffer der Friedenspräsenzstärke bleibt, dann liegt darin nicht nur die Sicherung des Etats auf derselben Höhe, sondern es wird auch eine feste Grundlage gegeben für ein fortwährendes Wachsen desselben. Persönlich und menschlich finde ich es ja ganz erklärlich, daß der Kriegeminister am Abend seiner Amtsführung auch die letzten Ideale von Selbstständigkeit der Militärverwaltung zu verewlichen sucht, aber ich finde nicht begreiflich, daß man solche Forderung in einem Militärgesetz stellt, das die Ausführung einer durch den Abg. v. Forderungen in die Reichsverfassung gekommenen Amendementen ist. Hr. v. Forderungen hat sich aber im constituirenden Reichstag gegen nichts so ausgesprochen, wie gegen eine solche Fixirung der Friedenspräsenzstärke. Hr. v. Forderungen sagte: „Diese Biffer für alle Zukunft feststellen, heißt nach dem, was ich gesagt habe, für alle Zukunft die Militärrecrutiv von allen Bedürfnissen, allen Anforderungen dem Landtage gegenüber zu befreien und das Budgetrecht des Landtags für immer zu vernichten.“ Von diesem Standpunkt ist Hr. v. Forderungen nicht abgewichen. Es ist für uns nicht schmeichelhaft, wenn die Militärverwaltung ohne Noth und äußere Gründe uns Forderungen stellt, welche der constituirende Reichstag unter den schwierigsten Verhältnissen beharrlich abgelehnt hat. Möge ihr die Mehrheit endlich erklären: Bis hierher und nicht weiter! Beigt der Reichstag dieselbe Schwäche, wie die liberale Partei 1860 und 61, so beschwört er einen Conflict herauf, der leicht verhängnisvoller werden kann, wie der preussische. Andererseits halte ich, wenn die Mehrheit der Militärverwaltung gegenüber eine selbstständige Haltung zeigt, die jetzige Zeit für geeigneter zur Verständigung, als irgend eine spätere. Wir leben ja alle noch unter den Erfahrungen des letzten Krieges. Ich gebe zu, daß nach diesen Erfahrungen die Landwehr-Versaffung eine viel größere Bedeutung in unserem Heere hat, als man bei der Reorganisation annahm. Andererseits haben sich die Vorzüge dieser Reorganisation nicht so bewährt, als man voraussetzte. Wenn irgend etwas für den guten Geist unseres Offiziercorps spricht, so ist das der Umstand, daß in der militärischen Literatur nach dem Kriege durchaus keine Ruhmredigkeit herrscht, sondern daß man kritisch alle militärischen Verhältnisse zu prüfen sich bemüht, daß man unsere preussische Heeresorganisation eben so wenig als unübertrefflich erachtet, wie sich das Ländnadelgewehr als absolut beste Waffe erprobt hat. Es ist sehr interessant, daß in den militärischen Kreisen der Gedanke wieder mehr Aufnahme findet, die Dienstzeit auf zwei oder zweieinhalb Jahr zu verkürzen. Wenn eine solche Verkürzung militärisch gestattet ist, so ist sie volkswirtschaftlich geboten durch die Rücksicht auf den Arbeitsmarkt und auch auf die allgemeine Finanzlage. Die ordentlichen Ausgaben in dem neuen Etat sind schon jetzt nicht gedeckt durch die Einnahmen. Wenn man trotzdem die Forderungen für den Militärstand immer höher zu schrauben fortfährt, so bedeutet das neue Steuern an allen Ecken und Enden; (Sehr richtig!) für eine Steuerreform geschieht aber gar nichts, wie denn überhaupt auf keinem anderen Gebiet organisatorisch gearbeitet wird, wie auf dem der Militär- und Marine-Verwaltung. Man hat 1871 die Bewilligung des dreijährigen Pauschquantums hauptsächlich deshalb empfohlen, damit man in dieser Session die vollste Zeit gewinne, um die großen Justiz-Organisationen zu beraten. (Hört.) Sie sind aber ausgeblieben, und wir verhandeln stets über Militär-

credite und wieder über Militärcredite. Ich verkenne nicht, daß diese Mängel ihren Grund haben in den Mängeln der Reichsverfassung, welche einst mich und meine Freunde veranlaßten, diese abzulehnen. Hätte man sich von vornherein gegen die Militärverwaltung weniger nachgiebig bewiesen, sie hätte nicht ihr jetziges Uebergewicht erlangt. Man verzichtete damals auf die Herstellung eines collegialischen Ministeriums — nur ein Kriegeministerium hat sich erhalten, ein Marineministerium sich gebildet, aber keine Behörden zur Wahrnehmung der volkswirtschaftlichen, Finanz- und Justizinteressen — daraus folgte die Ueberlastung des Bundesrathes mit Verwaltungsbefugnissen, welche seine Sitzungen haben werden lassen, selbst wenn der Reichskanzler nicht in Berlin anwesend ist. Man kann nicht sagen, daß der Bundesrath durch diese Fülle von Arbeiten für seine gesetzgeberische Thätigkeit gewonnen hat. Das ganze Schwergewicht der Fortentwicklung fällt in den Reichstag selbst, womit wir ganz zufrieden sein könnten, wenn uns nicht die verfassungsmäßigen Grundlagen zur Erfüllung unserer Aufgaben fehlten. Die Folge der Dialektlosigkeit macht sich immer mehr geltend, nicht ein Drittel der Abgeordneten nimmt an den Sitzungen regelmäßig Theil. (Hört.) Zwei Drittel reisen ab und zu und je nach der Stärke ihrer zufällig anwesenden Zahl streift der Reichstag mehr oder weniger an die Grenze der Beschlußfähigkeit. Bis jetzt haben viele Mitglieder keine Opfer gescheut, sich an den Sitzungen zu beteiligen, weil sie ihr ganzes Leben dem Gedanken der Herstellung des Reichs gewidmet haben, aber jede Opferfähigkeit verringert sich fortwährend. Wir Jüngeren sehen mit Schrecken die Reihen der Älteren sich lichten, ohne daß wir hinter uns einen Ersatz sehen. Man hat diese Mängel auch früher erkannt, aber sich beruhigt, daß es eher gelingen würde, nach dem Zustandekommen der Verfassung sie zu beseitigen. Der Reichskanzler steht den Intentionen auf Ausbau der Reichsverfassung nichts weniger als günstig gegenüber, aber über dem Reichskanzler steht mir das Interesse des Reichs. Es ist auch richtig, daß die eminente Persönlichkeit des Fürsten Bismarck geeignet ist, die Lücken und Mängel der Reichsverfassung zu verdecken. In dessen, das Reich muß fortbestehen, auch wenn die Amtsdauer des Fürsten Bismarck aufgehört hat, und es muß nicht nur fortbestehen, sondern auch im Stande sein, die hohen Aufgaben ganz und voll zu erfüllen, die ihm in der Geschichte der Wille der Nation zugewiesen hat. (Bravo! links.)

(Fortsetzung in der Beilage.)

Danzig, den 27. Mai.

Nachdem sich der Landtag mit der königl. Staatsregierung über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, vollständig geeinigt hat, so ist die Vollziehung des Gesetzes durch den König und die Publication wohl in nächster Zeit zu erwarten. Die Communalbehörden in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten werden sich also abends darüber schlüssig zu machen haben, ob sie mit der Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer schon am 1. Januar 1874 oder erst am 1. Januar 1875 vorgehen wollen. Wir haben uns bereits schon für den früheren Termin ausgesprochen, weil wir der Uebersetzung sind, daß die dadurch für die Entwicklung unserer Erwerbs- und Verkehrsverhältnisse entstehenden Vortheile bei Weitem höher anzuschlagen sind, als diejenigen, welche der Bevölkerung unserer Stadt aus der Durchführung einiger communaler Banten u. erwachsen könnten. An dieser Meinung müssen wir auch so lange festhalten, als nicht der Nachweis vorliegt, daß es unthunlich ist, im Laufe von sieben Monaten die zur Aufhebung des Mahl- und Schlachtsteuer notwendigen Vorbereitungen zu treffen. In Bezug auf die Convertirung der alten Anleihe und die Aufnahme der neuen wird bereits verhandelt und man darf wohl annehmen, daß die Verhandlungen baldigst zu dem gewünschten Resultate führen werden. Wenn wir nun in der Besprechung über die in den einzelnen Zweigen der städtischen Verwaltung vorzunehmenden Sparnisse fortfahren, so richtet sich, nachdem wir in erster Reihe die Bauverwaltung ins Auge gefaßt hatten, unsere Aufmerksamkeit demnächst auf die Armenverwaltung, welche einen sehr hohen Posten in der Kammereikasse erfordert. Es ist allerdings richtig, daß die Ausgaben für dieselbe in den letzten Jahren stetig und zwar in erheblichem Maße sich verringert haben; indes glauben wir, daß noch mehr zu erreichen ist, wenn die bisher zum Theil durchgeführten und angebahnten Reformen in dieser Verwaltung weiter verfolgt werden. — Die Zuschüsse der Kammereikasse für die gesammte Armen- und Armenkrankenpflege (incl. der Zuschüsse für die der Armenpflege dienenden Institute) haben in Danzig in runden Zahlen betragen:

im Jahre 1844	34,000 R.
„ „ 1850	52,000 „
„ „ 1857	72,000 „
„ „ 1860	65,000 „
„ „ 1863	79,000 „
„ „ 1866	106,000 „
„ „ 1868	120,000 „
„ „ 1870	85,500 „
„ „ 1871	84,500 „
„ „ 1872	83,500 „

Ob die letzte, das Jahr 1872 betreffende Angabe genau zutrifft, wissen wir nicht, da wir dieselbe nach dem in dem Verwaltungsberichte des Magistrats vorläufig und ungefähre festgestellten Ergebnisse bemessen haben, wesentlich dürfte sie jedenfalls von der durch den Abschluß festgestellten Zahl nicht abweichen. Für das Jahr 1873 ist der Armenetat festgesetzt in Ausgabe mit 100,911 R., in Einnahme mit 11,547 R. Es würden hiernach also etatsmäßig ein Ueberschuß der Kammereikasse pro 1873 erforderlich sein von ca. 89,300 R. Weshalb die Stadtverordnetenversammlung diesen Etat um 4000 R. höher bemessen hat, als er sich nach der Ausgabe von 1870 herausstellen würde und um 6000 R. höher als nach der Ausgabe von 1872, ist uns nicht ersichtlich gewesen. Die Etats-Verhandlungen in der Stadtverordnetenversammlung gehen, wie wir das schon einmal hervorgehoben haben, ein nur sehr unvollständiges Bild über die Momente, welche bei der Etatsfeststellung maßgebend sind; der Schwerpunkt der Verhandlungen liegt in der Commission. Selbst bei Zugrundelegung der dreijährigen Fraction konnte der Etat nicht so hoch bemessen werden. Da sich wohl annehmen läßt, daß die Armenverwaltung mit Rück-

sicht auf die günstigen Erwerbsverhältnisse und den guten Gesundheitszustand in dem laufenden Jahre nicht mehr ausgeben wird, als im vergangenen, so würde sich pro 1874, wenn man lediglich rechnungsmäßig und ohne Rücksicht auf weitere Reformen den Etat festsetzt, eine Minderausgabe von 5—6000 R. ergeben; wir zweifeln nicht daran, daß sie sich höher bemessen lassen wird, wenn man mit den begonnenen Reformen weiter fortschreitet und namentlich wenn das Lazareth am Olibaer Thor endlich wieder in die Verwaltung der Commune zurückgegeben wird. (F. f.)

Das General-Postamt hatte mit einer Nähmaschinenfabrik-Actiengesellschaft einen Vertrag geschlossen, wodurch der Beamten auf Abzahlung und gegen Preisermäßigung für ihre Frauen oder Töchter gute Nähmaschinen geliefert werden. Jetzt soll dieselei Vergünstigung auch Beamten anderer Ressorts, Geistlichen und Lehrern, gewährt werden und dabei eine behörliche Vermittlung eintreten. Es wird sich dann noch um eine vorläufige Gewährung des Ankaufpreises handeln, da diese innerhalb des Post-Verwaltungsbereichs von dem Spar- und Vorwärtsvereine der betreffenden Ober-Postdirection geleistet wird.

In der gestrigen General-Versammlung des Bildungs-Vereins wurde nach lebhafter Debatte über die verschiedenen Initiationen des Vereins der Etat für das nächste Verwaltungsjahr in Einnahme und Ausgabe auf 1430 R. festgesetzt. Die Einnahme setzt sich zusammen aus: 50 R. Eintrittsgeld, 1100 R. Mitglieder-Beträge, 250 R. Beitrag von Bergmännern, 30 R. Extraordinarium. In den Ausgaben sind enthalten: 380 R. für Mietben, 183 R. für den Vereinshaushaltsfonds, 614 R. für verschiedene Bildungsmittel, 137 R. für Mobilien und sämtliche Verwaltungskosten. — Ausgenommen wurden 5, zur Aufnahme angemeldet 7 neue Mitglieder. — Am zweiten Pfingstfesttage wird der Verein mit Familien den ersten Sommer-Ausflug unternehmen, und zwar um 2 Uhr vom Neugarten Thore aus nach Plestendorf und von dort nach Jäschental.

Lehrer und Schüler des Gymnasiums von Rastenburg haben Danzig ihren Besuch zu den Pfingstfesttagen zugebracht.

Nachrichten aus Warschau zufolge war der Wasserstand der Weichsel dort am 26. Mai 7 Fuß 6 Zoll und das Wasser im Fallen begriffen.

(Polzeitliches.) Gestern früh wurde der Geselle A. verhaftet, weil er seinen Wirthsleuten, während diese auf kurze Zeit ihre Wohnung verlassen, eine Menge Pfandstücke, einige Ringe und 1 Portemonnaie mit über 6 R. gestohlen hat — Die bereits wegen Spießerdiebstählen bestrafte Arbeiter Nowitzki, Kagnert, Kolberg und Maigrowy haben am Himmelfesttage vermittelst eines sogenannten Kächers durch die Speiderröhren eine Quantität Getreide gestohlen. — Heute Vormittag wurde der Arbeiter Harbied auf dem Pommerischen Güterbahnhofe arretrirt, als er von einem dort liegenden Wagen eine Quantität Kartoffeln stehlen wollte.

Gibing, 21. Mai. Der Geschäftsbericht, welchen die Direction der Actien-Gesellschaft für Fabrication von Eisenbahn-Material vor Kurzem an den Aufsichtsrath abgestattet, zeigt befriedigende Resultate. In dem fast 50 preussische Morgen umfassenden Fabrik-Etablissement sind 2000 Arbeiter und darüber unangesehrt thätig, und hat der ausgeübte Arbeitelohn im vorigen Jahre 447,599 R. betragen. Neu gegründet wurde im Vorjahre eine Achsen- und Räder-Fabrik von 6000 Sok Achsen und Räder für Eisenbahnmagen pro Anno, ferner eine Eisen- und Metallgießerei zur Production von 300 R. Gußwaaren pro Tag, und endlich eine Dampf-Schneidemühle mit 10 Dampfkesseln, einem 10 Morgen großen Wasserbassin zur Holzlagerung und einem 38 Morgen umfassenden Holzfelde. Obgleich die Fabricitätät im Vorjahre durch die Contractbrüchigkeit der englischen Lieferanten wesentlich gehindert wurde, so daß z. B. die Wagenmontage zeitweise ganz eingestellt werden mußte, wurden 1873 doch 1378 Güter- und Personenzüge fertig gestellt, und ergibt das Gewinn- und Verlust-Conto einen Gewinn von 179,997 R. 18 S. 9 D. (R. 5 S.)

—r. Culm, 25. Mai. Wie man hört, sollen auch für die übrigen Kreis-Bezirksämter, welche noch nicht unter der Aufsicht weltlicher Schulinspectoren stehen, Kreis-Schulinspectoren ernannt werden. Die bereits seit dem Monate April in Junction getretenen practisch gebildeten Schulmänner bereiten zur Zeit ihre Schulen. Die betreffenden Lehrer sind mit der neuen Einrichtung vollkommen zufrieden und hoffen jetzt bessere Resultate der Schulbildung zu erzielen. Im Grunde genommen haben die Geistlichen selten ein Herz für die Freuden und Leiden der Lehrer gehabt. In vielen Fällen, wo es sich um die Verbesserung von Einnahmen der Lehrer handelte, haben sie wenig oder keine besondere Thätigkeit entwickelt. Sie hatten nur soweit Interesse an der Volksschule, als sie den Interessen der Kirche diene. Die tüchtigsten Lehrer haben oft eine Zurücksetzung erfahren müssen, weil sie sich in gewisser Hinsicht nicht fähig genug zeigten. Lehrern, die ihrem Beruf ihre pecuniäre Lage klagen, wurde der wohlwolle Rathe: „Man muß nicht seinem Stande, sondern seinen Verhältnissen nach leben.“ Es wird nun besser und können wir nur wünschen, daß auch in Stelle der evangelischen geistlichen Schulinspectoren sachkundige Männer ernannt werden möchten. Das endlich definitiv in Aussicht gestellte Schulgesetz wird auch hinsichtlich der materiellen Noth der Elementarlehrer ein Ziel setzen und ihnen ein menschenwürdiges Dasein schaffen.

2 Conig, 26. Mai. Heute Morgen stellten die Gesellen zweier hiesiger Maurermeister die Arbeit ein. Der Strike betrifft die Erhöhung des Lohnes und die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Maurer erhielten bisher einen Tagelohn von 1 R. bis zu 1 R. 5 S. und arbeiteten von 5 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends mit Abrechnung der üblichen Frühstücks-, Mittags- und Besperzeit; jetzt dagegen verlangen sie die Einführung einer Arbeitszeit von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends und einen Tagelohn von 1 R. 5 S. bis zu 1 R. 10 S. Sodann wollten sie im Laufe des heutigen Vormittags das städtische Polizeigewahrsam mit Gewalt öffnen, um einen dort in Haft sich befindenden Mitgesellen zu befreien. Derselbe wurde am Sonnabend verhaftet, weil er ohne vorherige Kündigung die Arbeit niedergelegt hatte. Die Maurer gaben indes die gewaltthätige Befreiung ihres Mitgesellen auf, da ihnen vor der Ausführung noch einmal in eindringlichster Weise die Folgen vorgehalten wurden. — Der Gemeinde-Schlagent (Kuhschneibeler), welche bei der Regierung zu Marienwerder um Absetzung des jetzigen Kreis-Schul-Inspectors Wbl petitionire, ist in diesen Tagen eine Antwort, bestehend aus zwei Zeilen, zugegangen. Dieselbe lautet: „Ihren Antrage vom . . . kann nicht stattgegeben werden.“

Zhorn, 26. Mai. Heute Nacht brannte das Gut Grembuczyn bei Leibisch, Hrn. Bitsche gehörig, total ab. Der Schäfer bißte hierbei sein Leben ein. Das lebende Inventarium ist ein Raub des verderbenden Elements geworden. — Untere Weichsel ist voller Leben, fast noch nie ist so viel Holz als Polen heran geschwemmt, wie in diesem Jahre.

sehr schwer empfinden. Um ihre Bitte etwas plausibler zu machen, verlangen die Petenten, das Gesetz solle gleichmäßig bestimmen, daß zur Schließung einer zweiten, dritten, vierten u. s. w. Ehe die Zustimmung der früheren Gattinnen erforderlich sein soll.“

— Zum Beweise dafür, was unter Umständen von einem Magistrat verlangt werden kann, theilt die „N. St. Z.“ mit, daß kürzlich bei dem Magistrat in Stettin ein Brief aus Amerika einging, welcher die Adresse führte: „An der Stadt Stettin sein Bürgermeister, Deutschland, Europa.“ und dessen Inhalt nichts Geringeres war, als eine an den Magistrat gerichtete Bitte, dem Absender zur Erlangung einer Frau behilflich zu sein. Nach Eröffnung des Couverts fand sich nämlich ein verschlossener Brief vor mit der Aufschrift: „An den geehrten Herrn, der diesen Brief empfängt! — Wollen Sie die Güte haben, diesen Brief einer nach Amerika auswanderungslustigen jungen hübschen Dame zu übergeben, die noch nicht verheiratet ist.“

Briefkasten der Redaction.

L. Postl. Dirschau: Ein Betrag im Sinne des D. Strafgesetzbuches (§ 263) liegt in dem mitgetheilten Falle nicht vor.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 27. Mai. Angelommen 4 1/2 Uhr.

Weizen	88 3/4	88 1/4	Dr. Staatsb. Div.	89	88 1/4
Malz	85 3/4	86	Wap. 2 1/2 Pfd.	81 3/4	81 3/4
Juli-August	80 3/4	81	do. 4 1/2 do.	85 3/4	89 3/4
Sept.-Oct.			do. 4 1/2 do.	95 3/4	99 3/4
Roget. matt.	56 1/2	56 1/2	do. 5 1/2 do.	103 1/4	103 1/4
Malz-Juni	56 1/2	56 1/2	Sombardener. Sp.	109	110 3/4
Juli-August	56 1/2	56 1/2	Franken	192 1/4	194
Sept.-Oct.	55 1/2	55 1/2	Rumänier	40 1/2	41 1/2
Petroleum	12 3/4	12	Neue Franz. 5 1/2	86 1/2	86 1/2
St. d. 2000L.	22 1/2	22 1/2	Österr. Creditanl.	167	169 1/4
Rüßl. Sept. Oct.	22 1/2	22 1/2	Karten (5%)	49 3/4	50 1/2
Espiritus			Öst. Silberrentz.	63 1/2	64 1/2
Malz-Juni	18	18	Russ. Banknoten	80 1/2	80 1/2
Sept.-Octbr.	18	18	Österr. Banknoten	89	89 1/2
Br. 4 1/2 Conf.	104	104	Weichsel. Rand.	6 18 3/4	6 18 3/4

Belgier Wechsel 78 1/2.

Danziger Börse.

Amliche Notierungen am 27. Mai.

Weizen loco 7er Tonne von 2000L. geschäftslos,	
fein gelb und weiß	127-133 R. 88-92 Br.
hochbunt	125-130 „ 86-89 „
hellbunt	125-127 „ 85-88 „
bunt	125-127 „ 83-86 „
roth	125-130 „ 79-84 „
ordinair	110-121 „ 52-72 „

Regulirungspreis für 126 R. bunt Lieferbar 85 1/2 R. Auf Lieferung für 126 R. bunt 7er Mai 85 1/2 R. 7er Juni 85 1/2 R. 7er Sept.-Oct. 82 R. 7er Brief.

Hoggen loco 7er Tonne von 2000 L. gefragt, 118 R. alt poln. 49 R., 120 R. 51 1/2 R. inländischer 120 R. 54 R.

Regulirungspreis 120 R. Lieferbar 51 1/2 R. inländischer 54 R.

Auf Lieferung 7er Juni-Juli 52 R. Br., 7er Juli-August 53 R. Br., 52 R. Br., 7er Sept.-Oct. 52 R. Br., 51 1/2 R. Br.

Gerste loco 7er Tonne von 2000 L. große 104 R. 50 R.

Erbsen loco 7er Tonne von 2000 L. Regulirungspreis 44 1/2 R.

Rüben loco 7er Tonne von 2000 R. Winter- 7er Sept.-Oct. 98 R. Br.

Spiritus loco 7er 10,000 R. Liter 177 1/2 R.

Wechsel und Fondscourse. London 3 Mon. 6.18 1/2 gem. Staatsanleihe 88 1/2 Bd. 3 1/2 weispreussische Pfandbriefe ritterschaftliche 81 1/2 Bd. 4 % do. do. 88 1/2 Bd. 4 % do. do. 99 1/2 Br. 5 % Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 100 Br. 5 % Pommerische Hypotheken-Pfandbriefe 100 Br.

Das Vorkehe-Ami der Kaufmannschaft.

Danzig, 27. Mai.

Getreide-Börse. Wetter: schön, Mittags trübe, früh kalt. — Wind: NW.

Weizen loco blieb am heutigen Markte ohne Kauflust und mußte derselbe bemacht fast ganz geschäftslos schon aus diesem Grunde verlaufen. Nur 40 Tonnen sind an Consumenten zu verlaufen gewesen. Das Angebot ist aber andererseits an unserem Markte so geringe, daß auch unter günstigeren Verhältnissen derselbe eine Gelegenheit hätte lebhaftes Geschäft zu zeigen. Bezahlt wurde für Sommer-131 R. 84 R., roth bezogen 124 1/2 R. 76 R., hochbunt 129 R. 88 R. 7er Tonne. Termine still und ohne Kauflust, 126 R. bunt Mai 85 1/2 R. bez., Mai-Juni 85 1/2 R. bez., Juni-Juli 85 1/2 R. Br., September-October 82 R. Br. Regulirungspreis 126 R. bunt 85 1/2 R. Bekündigt heute Nichts.

Hoggen loco gefragt und theurer. 120 R. 54 R., alter polnischer 118 R. 49 R., 120 R. 51 1/2 R. 7er Tonne bezahl. Umsatz 160 Tonnen. Termine fest gehalten, 120 R. Juni-Juli 52 R. Br., Juli-August 53 R. Br., 52 R. Br., Sept. Octbr. 51 1/2 R. bez., 52 R. Br. Regulirungspreis 120 R. 51 1/2 R. inländischer 53 R. Bekündigt Nichts. — Gerste loco kleine, abfallende Qualität 104 R. zu 50 R. 7er Tonne verkauft. — Erbsen loco nicht gehandelt, Termine ohne Angebot. Regulirungspreis Futter 44 1/2 R. Bekündigt Nichts. — Rüben Termine Sept.-Octbr. 98 R. Br. — Spiritus loco zu 177 1/2 R. verkauft.

Schiffahrten.

Neufahrwasser, 26. Mai. Wind: NW.

Angelommen: Schöder, Helene, Lübeck, altes Eisen. — Schmidt, Überbürgermeister v. Winter, Sette, Salz. — Berndt, Minna, Stettin, Güter. — Arp, Ida, Flensburg, Maurerstein.

Den 27. Mai. Wind: NW.

Angelommen: Plumb, Wilhelm I., Stettin, Ballast. — Bergb, Magnus Lagabitter, Philadelphia; Saltath, Jlex, Newport; beide mit Petroleum. — Heynaga, Antje, Leer, Salteuen. — Westermann, Otto und Frida, Jaroe, Kalkstein. — Krohn, Wanderer, Siedels, Kohlen. — Krentel, Marie Louise, Roßtod, Ballast.

Von der Rhede gefegelt: Peterien, Fortuna (SD), Flensburg, Getreide. Gefegelt: Moya, Elizabeth Thomas, Gloucester, Erbsen.

Antommen: 2 Briggs.

Thorn, 26. Mai. — Wasserstand: 4 Fuß 9 Zoll. Wind: NW. — Wetter: Sonnenschein.

Stromach: Er. R.

Ruth Winiewski, Nieszawa, Danzig, 1 Radn, 258. 48 Gerste, 860. 55 Erbsen, 42. 14 Keim, 14 86 Rüßl. Salzmann, Gjarne, Neper, Berlin, 6 R., 257 St. b. S., 1614 St. m. S., 1509 Eisenbahnschw. Pylinski, Ledermann, Sutno, Schulisch, 7 R., 3492 St. w. Holz.

Feingold, Feingold, Radom, Danzig, 3 R., 10 St. b. S., 1371 St. w. S., 175 Eisenbahnschwellen.

Meteorologische Beobachtungen.

Wind	Wind	Wind	Wind
12	12	12	12
12	12	12	12
12	12	12	12
12	12	12	12

Vermischtes.

„Zu welsch verweilten Mitteln.“ schreibt die „N. D. Z.“, die Heiratshilfe unsere „Pante“-Mädchen bringt, jetzt eine Petition von 162 Mädchen in Lowell, Massachusetts, an die Legislatur des genannten Staates, in welcher sie um Legalisirung der Vielweiberei bitten. Massachusetts hat 40,000 Frauenzimmer mehr als Männer, ein Unglück, welches die dortigen Mädchen

Bekanntmachung.
An der hiesigen städtischen Realschule I. Ordnung ist die vierte Oberlehrerstelle vacant. Gehalt 800 R. Erforderlich: facultas docendi in Deutsch und Latein für alle Klassen. Bewerber wollen sich bis zum 1. Juli d. J. bei uns melden.
Elbing, den 23. Mai 1873.
Der Magistrat.



Auction
zu Dameran b. Dirschau
am Sonnabend, den 14. Juni,
Vormittags 11 Uhr,
über:
20 Southdown = Vollblut = Böcke.
Abstammung aus der Herde des Lord Soudes = Elmham.
Minimalpreis 25 R. Programme werden auf Wunsch zugesandt. Auf vorherige Anmeldung Abholung vom Bahnhofe Dirschau. Omnibusverbindung im Anschluß an den Courierzug nach Königsberg 9 Uhr Vorm.
G. Ziehm.

Die Rest-Parzellen des dem Rittergutsbesitzer v. Kries an dem Gutschirn gehörigen, unmittelbar bei Dirschau belegenen Gutes Abl. Lunau werde ich
am 5. Juni,
von Vormittags 10 Uhr ab,
an Ort und Stelle zu günstigen Bedingungen verkaufen und bemerke dabei, daß Wohnhaus nebst Garten außer den anderen Parzellen noch zu verkaufen ist.
Isaacsohn, Ziehm.

Torf-Lieferung.
Zum Betriebe unseres Eisenwalzwerkes gebrauchen wir von Mitte Juni 1873 bis ult. Mai 1874 ca. 2000 Klafter Stichtorf. Offerten mit Preisangabe wollen Lieferanten bei der Direction hierelbst niederlegen, wofür die Lieferungsbedingungen einzusehen sind.
Neufahrwasser, den 26. Mai 1873.
Marienhütte, Actien-Gesellschaft.
Die Direction.

Den 4. Juni Ziehung der Deutschen Lotterie, 3. Besten eines Kranken-Pensionat in Marienbad, m. Gewinnen v. 4000 Thlr. u. f. w. Loose à 1 Thlr. i. d. Lotterie - Einnahme, Langgasse Nr. 55.

Preuß. Lotterie-Loose
zur 148. Lotterie kauft jeden Posten per 1/2 à 7 1/2 Thaler.
Aug. Froese,
Brodbänkengasse 20.

Geschäfts- Erweiterung.
Um einem sich fühlbar gemachten Bedürfnisse nachzukommen, habe ich jetzt in meinem Geschäftshause
Jopengasse 31 in d. l. (Hänge) Etage
eine besondere Niederlage in Artikeln nur für Damen, welche mit körperlichen Gebrechen behaftet sind, etablirt.
Erlaube mir diese Einrichtung der geneigten Beachtung zu empfehlen u. werde ich in allen bezüglichen Artikeln als: Bruchbänder u. Bandagen für vorkommende Fälle aller Art, Gebärmutter-träger, Mutter-, Nist- u. Wundspritzen zu soliden Preisen stets vollständig assortirt, sowie bestrebt sein, daß alle Anforderungen prompt und reell effectuirt werden. Das Anpassen der verschiedenen Bandagen u. wird in ungenügender Weise von zuverlässiger weiblicher Bedienung unter sorgsamster Ueberwachung bewirkt.
E. Lehmann,
Berkfertiger Chirurg.: Instrumente und Bandagen, Jopengasse 31.

Malzschaukeln.
sowie Malzen in jeder Größe und Form und sonstige Holzarbeiten in guter Qualität empfiehlt und versendet auswärts gegen Nachn
O. F. Schmidt Ww.,
Danzig, Roblenmarkt 32.
Abnehmer größerer Partien werden besonders berücksichtigt.

W. H. Woschee,
Schuh- und Stiefel-Fabrik,
Gr. Wollwebergasse 29,
empfiehlt sein großes Lager selbstgefertigter Schuhbelleidungen jeder Art für Herren, Damen und Kinder vom besten Material zu möglichst billigen festen Preisen.

5 fette Schweine stehen in Kasse bei Braust zum Verkauf.

Reisefasser und Taschen
in
allen Größen zu sehr billigen Preisen
bei
Julius Konicki,
14. Gr. Wollwebergasse 14.

Gebr. Wetzels,
Cigarren- & Tabaks-Geschäft
(Importen und Imitationen)
Danzig, Ostseebad Zoppot,
Langgarten No. 1, Seestraße No. 55.

Paletots und Jaquets, Manteletts u. Dolmans
in Sammet, Seide, Double-Ca emir und Wolle,
für Damen und Mädchen,
Anzüge und Ueberzieher
für Knaben von 2-16 Jahren in dauerhaftesten Stoffen und beststehenden Facons empfiehlt in
großartigster Auswahl
zu auffallend billigen Preisen
Peril, Langgasse No. 70.

Auction mit Schmiedekohlen
in Neufahrwasser.
Mittwoch, den 28. Mai 1873, Nachmitt. 4 Uhr,
wird der unterzeichnete Mäkler auf der Westerplatte eine daselbst lagernde Partie von
ca. 100 Last gesiebten Thornley Schmiedekohlen
im Ganzen oder in Partien,
je nach Wunsch, in öffentlicher Auction gegen baare Zahlung verkauft.
Katsch.

Auction mit circa 650 Ctr. Englischen Eisenplatten und mit 1 Ballen Englischem Twist in Bündeln
ex Dampfer „Nordshireman“, Capt. Foulton, von Hull, vom Seewasser mehr oder weniger beschädigt.
Freitag, den 30. Mai c., Vormitt. 10 Uhr,
Auction im Königl. Seepachthofe unversteuert gegen baare Bezahlung mit
N. 283 Stück Eisenplatten und Bleche in verschiedenen Stärken und Dimensionen, ca. 340 Ctr.,
N. 226 Bunde Eisenbleche, ca. 230 Ctr.,
N. 90 Bunde Eisenbleche, ca. 90 Ctr.,
N. 16 Eisenbleche, ca. 8 Ctr.,
sowie Freitag, den 30. Mai c., Nachmitt. 3 1/2 Uhr,
Auction ebendasselbst unversteuert gegen baare Bezahlung mit
B. P. Ein Ballen Englischem Twist in Bündeln, ca. 12 Centner.
Adolf Gerlach,
Mäkler in Danzig.

Oxfordshire-Down-Stammherde
Skudzewo bei Ostromezko, Kreis Thorn.

Der diesjährige Verkauf von circa 50 Vollblut-Böcken, März 1872 geboren, beginnt am 15. Juni cr.
A. W. Brauer.

Den geehrten Herrschaften hiermit zur Nachricht, daß mit dem 1. Juni die täglichen
Table d'hôtes
im
Kursaal zu Zoppot
beginnen. Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, daß am 1. und 2. Pfingstfeiertage, so wie jeden Sonntag die musikalische Soirée table d'hôte stattfindet Anfang derselben um 1 Uhr, à Couverts 1 1/2 R., und werden Beisetzungen auf Couverts bis 10 Uhr täglich im Rathweinkel und Zoppot im Kursaal bereitwillig entgegengenommen.
Hochachtungsvoll
W. Johannes,
Traiteur.

Die neue Wollspinnerei
von
F. Schulz,
in Lauenburg in Pommern,
erlaubt sich einem hohen Adel, sowie einem geehrten Publikum bei der jetzigen Wollschur gütigst in Erinnerung zu bringen. Bei reeller Bedienung werde ich bemüht sein, die mich Beehrenden zufrieden zu stellen.
Ergebenst
F. Schulz.

Avis.
An meine geehrten Abnehmer des Königsberger Bieres richte ich die ergebene Bitte, sämtliche Gefäße, Risten u. dgl. baldigt zurückzugeben, da bei dem so lebhaften Geschäftsgange es mir sonst unmöglich gemacht wird, sämtliche Aufträge zu erledigen. Ich spreche nochmals die dringende Bitte, um schnelle Zurücksendung der Gefäße u. dgl. aus und zeichne
mit Hochachtung
Paul Wetzki, Reuteich,
General-Depôt
des Königsberger Bieres
von G. Schifferdecker & Co.
Ritterguts-Verkauf.
No. 31.

Ein Rittergut von 1119 Morgen, davon 800 Morg. Ader unter dem Bluge, 200 Morg. Wiesen, 30 Morg. Lössfeld, 6 Morg. Garten, 83 Morg. See, welche abgegraben werden kann. Gebäude massiv und gut. Inventarium 19 Pferde, 23 St. Rindvieh 600 Schafe u. dgl. vollständig nebst Maschinen, Hypothek fest Landtschaft Ansatz 30 Morg. Rüben, 70 Morg. Weizen, 200 Morg. Roggen, 530 Schffl. Sommergetreide, soll für 60,000 R. bei 15,000 R. Anzahlung verkauft werden. Der Rest des Kaufgeldes kann viele Jahre stehen bleiben; liegt an der Chaussee und Bahnhof.
Alles Nähere bei
Deschner,
Boggenpuhl No. 82 in Danzig.
Guts-Verkauf.
No. 92.

Ein Gut von 688 Morg., davon 80 Morg. Wiesen, 25 Morg. Lössfeld, Ader 563 Morg. unter dem Bluge, Ausatz 15 Schffl. Weizen, 130 Schffl. Roggen 35 Sch. Gerste, 50 Schffl. Erbsen, 140 Schffl. Hafer 60 Schffl. Kartoffeln, 8 Morg. Rüben, 65 Morg. Wäbelle, 20 Schffl. Widen u. dgl. Inventarium 18 Pferde, 36 St. Rindvieh, 6 Fuchtschweine, 100 Schafe u. dgl. vollständig nebst Maschinen, Gebäude massiv u. gut, liegt 1 1/2 Meilen vom Bahnhof und Stadt an der Chaussee. Abgaben 608 R., Hypothek fest, soll für 38,000 R. bei Anzahlung von 12,000 R. verkauft werden.
Alles Nähere bei
Deschner,
Boggenpuhl Nr. 82 in Danzig wo Güter jeder Größe mit feste Hypothek zu jeder Zeit zu kaufen sind, so wie Mühlen, Gattböse.

Vortheilh. Gutskauf.
Ein hübsches Gut in Westpreußen, 20 Minuten vom Eisenbahnhof, Areal 2000 Morgen, davon 1200 Morgen zweiter Klasse bonitirt, der Rest in guten Wiesen, Roggenboden und Weide, prächtvolle Bauwirtschaft, complt. Invent., Landtschaftschulden 55,000 R., soll gleichmäßig für 100,000 R. bei 30 bis 25,000 R. Anzahlung verkauft werden durch
Th. Kleemann
in Danzig, Brodbänkeng. 34.

Günstiger Gutskauf.
Eine Besitzung von 838 Morgen, 1 Meile von der Bahn und Chaussee gelegen, die Hälfte Weizen- und Gersteboden, die andere Hälfte guter Roggenboden, Ausatz 230 Schffl. Winterung, 15 Schffl. Gerste, 100 Schffl. Hafer, 10 Schffl. Erbsen und so mehr, soll bei sofortiger Uebernahme mit dem vollständigen lebenden und toten Inventarium für den sehr billigen Preis von 20,000 R. mit 600 R. Anzahlung verkauft werden, Hypothek fest und sicher.
Alles Nähere durch den Güter-Agenten
C. W. Helms,
(178) Danzig, Jopengasse 23.

Eine Besitzung,
bei Bahnhof Lauenburg in Pomm., an der Chaussee gelegen, Areal 1050 M. incl. 125 M. Wiesen, gute Gebäude, vollständiges lebendes und totes Inventarium, soll wegen Erbauung einer Fabrik sehr billig, bei 8 bis 10,000 R. Anzahlung und fester Hypothek gleichmäßig verkauft werden.
Alles Nähere und Ausführlichere durch den Güter-Agenten
C. W. Helms,
(140) Danzig, Jopengasse No. 23.
Ein renommirtes Material- und Schant-Geschäft wird zu pachten gef. Adressen unter 312 in der Exp. dieser Zeitung.

Für ländliche Besitzungen
empfehle mich zu Einrichtungen von Wasserleitungen und Canalisationen jeder Art, mit und ohne Anwendung von Pumpwerken.
H. Teubner,
Danzig, technisches Bureau, jetzt Hundeg. 77, Schod 3 bis 3 Zoll starke trockene Lieferne Bretter und Bohlen sind beim Unterzeichneten zum Preise von 7 bis 10 R. pro 1 Fuß 1 Zoll starke Bretter, jeder Zeit zu haben.
Münsterwalde bei Gernwinz.
Vollbrechtsbausen.

Eisenbahnschienen
zu Bauzwecken offerirt in allen Längen und liefert franco Baustelle
W. D. Loeschmann,
Roblenmarkt 3.

Ein fast schuldenfr. altes Familien-Rittergut kann unter den günstigsten Bedingungen sofort selbst käuflich nachgem. werden Hundesgasse 80, 2 Tr., bei v. Raszewski, von 8-9 Uhr Vorm. und 1-2 Uhr Nachm.
Zwei norwegische Böde besonders passend für Landeisen sind billig zu verkaufen bei G. Rode, Heiligegeiststr. 70.
Ein gutes Arbeitspferd ist zu verkaufen. Näheres Besserstadt 51, 4 Trp.
Junge Doggen sind zu verkaufen Hinter-Schäftig 187.
1 Decimalwaage zu kauf. gesucht Breite. 33.
7 hochtr. gr. Käse, 1 Kappitute zum Verkauf Station Granau No. 1.
Einige hundert Scheffel schöne blaue Kartoffeln, sowie schöne weiße Erbsen hat billig abzugeben
Paul Wetzki, Reuteich.

Gutspacht-Gesuch.
Ein Landwirth sucht 900 bis 1500 Morg. guten Boden von Johann auf 18 Jahre oder noch längere Zeit zu pachten.
Abz. werden unter 158 in der Exped. b. Stg. erbeten.
Ein Wirtschaftsprüfer, 45 Jahre alt, verheiratet, gut empfohlen, such. Stellung. Offerten werden erbeten unter No. 113 in der Exped. dieser Zeitung.

1 Wirthschafts-Gleve
findet bei mäßiger Pensionszahlung auf dem herrschaftl. Sartawitz gehörigen Gütern Gutshof mit Dpht. gleichg. Aufnahme.
Ernsthof bei Schwes.
von Kaisertrien.

Ein Knabe ordentlicher Eltern, der die nöthige Schulbildung besitzt und Lust hat, bei freier Station und Kleidung, das Luch- und Garderoben-Geschäft zu erlernen, kann sich melden bei
A. Finkenstein,
Langgasse 80.

Einen jungen Mann,
gewandten Verkäufer, einen Lehrling mit den nöthigen Schulkenntnissen versehen, suchen wir für unser Manufactur-Waaren-Geschäft. Stolp i. Pomn.
Moritz Vitten & Co.
Zu einem nachweislich höchst rentablen Nähergeschäft wird ein Compagnon oder auch stiller Theilnehmer mit 5000-10,000 R. Kapital gesucht.
Beitragige Offerten unter 272 bitte an die Expedition dieser Zeitung gefälligst portofrei einzufenden, wo auch das Nähere erfahren werden kann.
Eine Dame, in gelehten Jahren, wünscht als Repräsentantin des Hauses oder als Pflegerin einer älteren Dame zum 1. Juli cr. eine Stelle. Jede nähere Auskunft beim Institutslehrer Landmann i. Senlau b. Danzig.
Für unser Geschäft suchen wir einen Lehrling mit guter Handschrift und Schulbildung.
Schilka & Co.
Junge Leute von guter Schulbildung werden als Lehrlinge für viel. Comtoirs gesucht durch
G. Rikowski, Matier, Heiligegeiststr. 59.

Die Inspectorstelle in Domachau bei Praust wird zum 1. Juli vacant.
Die zweite Etage Langenmarkt 31 ist zum 1. Juli zu vermieten. Zu besehen täglich von 11-1 Uhr. Näheres Langenmarkt 18 im Laden.
In Kl. Schellmühl sind herrschaftliche Wohnungen mit Eintritt in den Garten, auf Wunsch auch mit Pferdegeleß, von sogleich zu vermieten.
Sommerwohnungen sind im Hause des Gutes Carlkau bei Zoppot zu vermieten. Näheres daselbst.
Homöopathische Apotheke
Breitgasse 15.
Redaction, Druck und Verlag von
A. W. Rasemann in Danzig.